

YouLi

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen Hessen

**AUFBRUCH
RICHTUNG FREIHEIT**



Ausgabe 02/2024

- 4 KOMMUNALPOLITIK – IST DAS WAS FÜR MICH?
- 6 „SIE WISSEN GAR NICHT, WAS DIE JUGEND WILL“
- 8 WER SIND WIR UND WOHN WOLLEN WIR IM BEREICH DER MIGRATION? EIN ESSAY
- 12 KOMMUNALPOLITIK ZUM HAUPTBERUF – EIN INTERVIEW MIT STEPHANIE WÜST
- 14 POLITIK FÜR MORGEN – DAS GEHT NUR MIT UNS!
- 16 DAS DEUTSCHE RENTENSYSTEM
- 18 WEHRPFLICHT LIGHT: PISTORIUS' PLAN ZUR STÄRKUNG DER BUNDESWEHR
- 20 BAFÖG-REFORM: EIN MEILENSTEIN FÜR MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT
- 22 WIRTSCHAFTSWENDE
- 24 FAHRPLAN ZUKUNFT – EINE POLITIK FÜR DAS AUTO ODER FEHLZÜNDUNG DES LIBERALISMUS?
- 26 HESSISCHE PROGRAMMATIK FÜR DEN BUND
- 28 UNSERE JULI BUNDESTAGSKANDIDATEN
- 33 LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN
- 34 BACK TO BASICS: POSITIVE FREIHEIT UND UNSER SOZIALLIBERALER URSPRUNG
- 36 GET TO KNOW: UNSERE BEZIRKE
- 40 LAK REFORM
- 41 LIBERALE MEDIENEMPFEHLUNG
- 42 NEUES AUS DER LHG
- 44 PSSSSST: BERICHT AUS DEM BUNDESVORSTAND
- 46 WHAT HAPPENED?
- 50 BEZIRKSTOUR: DIE HIGHLIGHTS UNSERER SOMMERTOUR
- 54 NEUMITGLIEDERECKE: DEIN ENGAGEMENT BEI DEN JULIS

REDAKTION

ADRIANO JUGL

Unser Chefredakteur Adriano Jugl ist 19 Jahre alt und Schüler an der Obermayr Business School Wiesbaden. Bei den Jungen Liberalen Main-Taunus ist er als stellvertretender Vorsitzender für Programmatik tätig. Ihr erreicht ihn unter:

ADRIANO.JUGL@JULIS.DE



JASMIN EBRAHIMIAN

ist 23 Jahre alt und studiert Lehramt in Mainz. Sie ist die Pressesprecherin der JuLis Wiesbaden und Teil des Redaktionsteams für das YouLi Magazin. Ihr erreicht sie unter:

JASMIN.EBRAHIMIAN@JULIS.DE



JANNIK WAGNER

Jannik Wagner ist 19 Jahre alt und studiert Wirtschaftswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er ist stellv. Vorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksverbands der Jungen Liberalen Kurhessen und Redakteur des YouLi. Ihr erreicht ihn unter:

JANNIK.WAGNER@JULIS.DE



ANNA SOPHIA HOLLIDT

ist 17 Jahre alt und besucht die Oberstufe der Eichendorffschule Kelkheim. Sie ist seit 2021 Mitglied bei den JuLis und ist im MTK stellvertretend im Vorstand für Organisation tätig. Ebenfalls ist sie im Bezirksvorstand für Organisation zuständig und Redakteurin des YouLi. Ihr erreicht sie unter: ANNA.HOLLIDT@JULIS.DE



LIEBE JUNGE LIBERALE HESSEN

im Jahr 2025 liegt die Bundestagswahl vor uns. Diese ist eine besonders wichtige Wahl, auf die wir als Liberale mit viel Sorge, jedoch auch mit Hoffnung blicken. Ein vorheriges Ende der Ampelkoalition ist nicht ausgeschlossen. Laut des ZDF – Politbarometers wäre die Alternative für Deutschland (AfD) die zweitstärkste Partei, wenn bereits die Bundestagswahl wäre. Wir fragen uns, ob die AfD neben der CDU tatsächlich die zweitstärkste Partei sein wird, und ob die Grünen mit der CDU koalieren. Auch das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) schafft es basierend auf den neuesten Umfragewerte zu den Landtagswahlen weit über 5%. Für uns Junge Liberale in Hessen ist jedoch eindeutig, dass wir in Deutschland weiterhin eine Stimme für die Freiheit brauchen! Eine Stimme, die für die Freiheit des Einzelnen kämpft und eine Stimme, die nicht nur redet, sondern auch konkrete Lösungsvorschläge macht. Wir brauchen eine Partei in Verantwortung, die besonders für uns junge Menschen Chancen sieht und uns was zutraut. Die Herausforderungen der Zukunft – von der Klimakrise bis zur Digitalisierung – erfordern liberale Antworten. 2025 ist unsere Chance, den Liberalismus zu stärken. Lasst uns gemeinsam für die Freiheit kämpfen! In der vorliegenden Ausgabe findet ihr unter anderem interessante Artikel zu den Themen: Wehrpflicht, das deutsche Rentensystem, Wirtschaftswende & Co. Darüber hinaus erwartet euch ein spannendes Interview mit Bettina Stark-Watzinger zur Bafög-Reform. Auch stellen wir euch unsere JuLi Bundestagskandidaten für das kommende Jahr vor. Außerdem könnt ihr euch auf Updates und Rückblicke freuen!

Das und noch vieles mehr findet ihr auf den folgenden Seiten! Viel Spaß beim Lesen unserer neuen Ausgabe!

Eure YouLi-Redaktion

GRUSSWORT DES LANDESVORSITZENDEN

Liebe Julis,

oftmals ist es anstrengend, die liberale Stimme in unserem Land zu sein. So auch aktuell. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre waren nicht befriedigend, wir schaffen es aktuell nicht mehr wie früher, Menschen von unserer liberalen Idee zu überzeugen. Doch genau das sollte uns motivieren. Jetzt gilt es. Zusammenhalt und eine klare liberale Idee – so schaffen wir die Wende.

und Chance bekommen. Dafür gehen wir Junge Liberale geschlossen in die nächsten Wochen und Monate! Auch die Kommunalwahl kommt näher. Grundlage jeden liberalen Erfolgs ist die kommunale Verankerung vor Ort. Die müssen wir stärken, die müssen wir ausbauen. Dafür gilt es früh in die Vorbereitung zu gehen, damit viele junge Stimmen auch vor Ort Gehör bekommen. Kommunalpolitik macht Spaß und lohnt sich – ich weiß wovon ich rede.

Vor uns liegen wichtige Wahlen. Die Bundestagswahl rückt immer näher. Mit unserer Spitzenkandidatin Viola Gebek und vielen weiteren JuLi Kandidatinnen und Kandidaten wollen wir unseren Teil dazu beitragen, wieder erfolgreich zu werden. Als Partei des Leistungsanspruchs müssen wir JuLis dafür Sorge tragen, dass das Leistungsprinzip auch in der liberalen Familie gilt. Reine Amtszeit erfüllt diesen Anspruch nicht und darf gerade in Zeiten wie heute nicht mehr als einzige Grundlage für Ämter gelten. Es wird Zeit, dass wieder junge Kandidatinnen und Kandidaten ihren Platz

Große Herausforderungen liegen vor uns. Viel haben wir aber auch schon geschafft. Wenn wir gemeinsam und geschlossen in die Zukunft gehen, bekommen wir jede Hürde überwunden. Ich freue mich drauf! Und bis dahin: Euch allen viel Spaß beim Lesen.

Euer Tim



KOMMUNALPOLITIK

IST DAS WAS FÜR MICH?

Was machen die dort überhaupt? Kennen die sich überhaupt aus? Fragen über Fragen...so ging es mir, als ich in der Zeit vor meinem Abitur anfang, mich verstärkt für Politik zu interessieren. Die Schlagzeilen in der Zeitung bestimmten ein paar wenige mir bekannte Politgrößen aus der internationalen Politik, der Bundeskanzler und vielleicht noch wenige Ministerpräsidenten, um etwas aus der Kommune zu erfahren, musste man schon sehr weit nach hinten blättern.

Von den politischen Geschehnissen auf Landesebene hatte ich nur sehr lückenhafte Kenntnisse, aber irgendwie gab es da noch viele andere mir oft bekannte Menschen, die irgendwie vor Ort politisch aktiv waren. Ich fragte mich, was die eigentlich machen, denn im Ort waren sie präsent und ich bekam auch mehr und mehr den Eindruck, als hätten sie irgendwo was zu sagen.

Das war der Zeitpunkt meines ersten Kontaktes mit der Kommunalpolitik, zuerst gespickt mit Unwissenheit, aus der erwuchs Neugier und später echte Leidenschaft. Und ich bin nicht alleine. Für die FDP in Hessen sind über 600 Menschen in ihren Heimatstädten und Gemeinden in den Parlamenten aktiv, wobei die Gemeindevertreterversammlungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage keine Parlamente im formellen Sinne sind, sondern in unserem Staatsaufbau der Exekutive, also der ausführenden Gewalt, zugeordnet sind. Das hat seinen Grund darin, dass die Städte und Gemeinden keine Gesetze beschließen, wie es Land und Bundestag tun, sondern Satzungen. Deren Wirkungsreich ist auf das Gemeindegebiet beschränkt.

Ansonsten sind die Diskussionen und die Mechanismen mit denen auf Landes- und Bundesebene vergleichbar.

Den über 600 kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern stehen lediglich 15 hessische Abgeordnete in Land und Bund gegenüber. Wenn man die 15 hauptamtlichen Bürgermeister und Dezernenten der FDP Hessen auf kommunaler Ebene noch hinzu nimmt, wird schnell deutlich, dass die große Mehrheit der Mandatsträgerinnen und Man-

datsträger auf kommunaler Ebene und dort ehrenamtlich aktiv sind. Bezogen auf die FDP Hessen bedeutet das wiederum, dass ca. 10% aller Mitglieder in ihrer Kommune in den Parlamenten mitwirken.

Um was kümmert sich jetzt die Kommune? Zum einen um Aufgaben, die ihr von Bund und Land zugewiesen werden und das werden in deren letzten Jahren immer mehr. Das Spektrum reicht von der Sicherstellung der Kinderbetreuung, über die kommunale Wärmeplanung, die Regelung des Straßenverkehrs bis hin zur Unterbringung von Geflüchteten. Es gibt aber auch Themenbereiche, bei denen die Kommune in ihrem Tun weitestgehend frei ist, die sogenannten Selbstverwaltungsangelegenheiten. Hierzu zählen der Betrieb einer Volkshochschule oder einer Bibliothek genauso wie die Gestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, sowie die Aufstellung von Bebauungsplänen. Schließlich kümmert sich die Kommune noch um hoheitliche Aufgaben, hierzu zählt beispielsweise das Einwohnermeldeamt, das Standesamt oder die Steuerverwaltung. Das hört sich alles reichlich abstrakt und kompliziert an, wirkt sich aber meist direkt auf die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort aus.

Um unsere kommunalen Mandatsträger bestmöglich auf ihre nicht immer einfache und oft auch verrechtlichten Aufgaben vorzubereiten und stetig zu begleiten, sind sie in der Vereinigung der liberalen Mandatsträger, kurz: VLK, zusammengeschlossen.

Die VLK Hessen, bzw. ihre Vorgängerorganisation, wurde bereits 1967 gegründet und es war ein Hesse mit Wolfgang Knoll, der den Interessen- und Gedankenaustausch auf Bundesebene mit der Gründung der Bundes-VLK etabliert hat. Heute organisiert die VLK Hessen jährlich ca. 30 Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für die kommunalen Mandatsträger mit gut 300 Teilnehmern. Wir haben hier besonders die Neueinsteiger im Blick, die kostenfrei Angebote zu inhaltlichen Themen, aber auch zur Funktionsweise der kommunalen Politik und Gremienarbeit, oder zur Verbesserung der eigenen Rhetorik wahrnehmen können. Hier ver-

schränkt sich auch fortlaufend die Arbeit unserer Landtagsfraktion und der kommunalen Basis. Zum einen tauschen sich bei der VLK Hessen regelmäßig die „Kommunalen“ mit den Vertretern der Landtagsfraktion aus, zum anderen entwickeln wir auch gemeinsam Themen und Initiativen. Beispiel gefällig?

Bildung ist Ländersache, heißt es immer. Das stimmt zwar grundsätzlich, aber welche Rolle spielt dabei die Kommune? Die Städte und Gemeinden betreiben Kitas, organisieren die Nachmittagsbetreuung der Grundschulkinder und sie bieten offene Jugendtreffs. In den Städten gibt es Bibliotheken und Volkshochschulen genauso wie Spieltreffs für Kleinkinder in Familienzentren. Jeder dritte Euro, den die Kommune ausgibt, fließt in Bildungsangebote wie Schule über eine Umlage oder direkt in den Betrieb der genannten Einrichtungen. Alles das spricht dafür, dass die Kommunen eine stärkere Rolle in der kommunalen Bildungslandschaft haben sollten, sie organisieren, koordinieren und kennen die Bedarfe vor Ort schließlich am besten. Dieses Verständnis einer bildungsaktiven Stadt gibt es leider nicht überall, aber sollte das nicht so sein? Dann lohnt es sich dafür einzustehen, Vorschläge zu machen, weg vom Zuschauer und hin zum Handelnden.

So ist die Idee des „Bildungsortes Kommune“ entstanden, die viele Kommunen aufgegriffen haben und zeitgleich unsere Landtagsfraktion im Landtag mit Gesetzesinitiativen untermauert hat. Eine Initiative, die der FDP als Bildungspartei gut zu Gesichte steht und verdeutlicht, wie sich die unterschiedlichen Ebenen verschränken können. Alles das kann Kommunalpolitik leisten, mit Esprit und neuen, manchmal auch unkonventionellen Ideen.

Lust geweckt?

Im Frühjahr 2026 ist Kommunalwahl. Wir als FDP treten gemeinsam mit Euch für das aktive Wahlrecht mit 16 Jahren ein, ein Alleinstellungsmerkmal. Es lohnt sich, vor Ort aktiv zu werden und seine Ideen in die politische Arbeit mit einzubringen. Sprecht mit den Verantwortlichen in den Ortsverbänden und habt den Mut, euch zur Wahl zu stellen. Die VLK Hessen wird euch auf diesem Weg begleiten.



Michael Schübler

ist Vorsitzender der VLK Hessen und erster Stadtrat a. D. der Stadt Rodgau

„SIE WISSEN GAR NICHT, WAS DIE JUGEND WILL!“

– Mit diesen Worten begann eine der ersten Debatten, die ich im Jugend-, Sozial- und Sportausschuss meiner Heimatstadt Bad Homburg erlebte. Frisch nach der Kommunalwahl 2011 war ich, damals gerade 18 Jahre alt, in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Noch Schüler, saß ich in der letzten Reihe meiner Fraktion, aber voller Enthusiasmus. Als junger Stadtverordneter hatte ich noch nicht die große Wahl, in welchem Ausschuss ich mitwirken konnte, aber das Glück, im Jugend-, Sozial- und Sportausschuss mitzuwirken, ermöglichte mir, mich für die Belange meiner eigenen Generation einzusetzen.

Schon früh erkannte ich, dass es nicht leicht ist, aus der Opposition heraus konkrete Veränderungen zu bewirken. Trotzdem hatte ich eine klare Vorstellung davon, was für die Jugend in meiner Stadt wichtig war: eine Eisbahn im Winter, mehr Bolzplätze, Treffpunkte für junge Menschen und bessere Radwege für den Schulweg. Unser Ansatz hatte Potenzial. Doch sehr schnell erlebte ich, wie schwer es war, Gehör zu finden.

Kommunalpolitik: Herausforderungen und Chancen

Das oben zitierte „Sie wissen gar nicht, was die Jugend will!“ kam mir entgegen, als ich mich für einen Aufenthaltsort für junge Menschen in der Innenstadt stark machte. Im ersten Moment war ich perplex. Wie konnte jemand behaupten, als Schüler nicht näher an den Bedürfnissen der jungen Generation zu sein als ein Politikerin Mitte 50? Solche Situationen sind in der Kommunalpolitik keine Seltenheit, besonders für junge Menschen. Die Interessen der Jugend werden zwar von allen Altersgruppen bedacht, doch wer könnte besser nachvollziehen, was die junge Generation braucht, als jemand, der selbst Teil dieser Gruppe ist?

Das Problem in vielen kommunalen Gremien ist der Mangel an jungen Stimmen. Die Kommunalpolitik wird oft von älteren Generationen dominiert, was sich auch in der Wahr-

nehmung und Prioritätensetzung widerspiegelt. Dies wird besonders deutlich, wenn humorvoll eingeworfen wird, ein Seniorenbeirat sei unnötig, da die Stadtverordnetenversammlung diesen bereits darstelle. Dabei zeigt sich genau hier, warum es so wichtig ist, dass auch junge Menschen politisch aktiv werden.

Junge Menschen in die Politik – warum das wichtig ist

Für viele junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren scheint die Verpflichtung zu einer fünfjährigen Amtszeit in einem kommunalen Gremium eine zu große Hürde. Was passiert, wenn man in ein paar Jahren in einer anderen Stadt oder im Ausland studiert? Lässt sich ein langfristiges Engagement mit den eigenen Lebensplänen vereinbaren? Diese Fragen sind berechtigt. Doch dabei wird oft übersehen, welche Chancen sich durch die Teilnahme an der Kommunalpolitik eröffnen.

Kommunalpolitik bedeutet, direkt vor Ort, im eigenen Lebensumfeld, etwas zu bewegen. Es geht nicht um abstrakte politische Debatten, sondern um ganz konkrete Entscheidungen: Soll ein neuer Radweg gebaut werden oder eine zusätzliche Spur für Autos? Welche Freizeitangebote können für Jugendliche geschaffen werden? All diese Entscheidungen beeinflussen das Leben der Bürger unmittelbar. Junge Menschen haben hier die Möglichkeit, ihre Perspektiven und kreativen Ideen einzubringen und somit ihre Stadt aktiv mitzugestalten.

Ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung zeigt, wie wichtig es ist, dass junge Menschen in die kommunale Politik eingebunden werden. Den Aufenthaltsplatz für junge Menschen in der Innenstadt, für den ich mich damals einsetzte, konnten wir trotz Opposition durchsetzen. Doch wie sich später herausstellte, wurde der Platz von der Jugend nicht angenommen. Er war zu öffentlich und nicht attraktiv genug. Diese Erfahrung lehrte mich, dass man auch als junger Mensch



nicht automatisch die beste Lösung für seine Altersgruppe kennt. Aber ohne die Beteiligung junger Menschen hätten wir es nicht einmal versucht.

Neue Perspektiven und frische Ideen

Junge Menschen bringen oft frische Ideen und neue Denkansätze in die Politik. Sie hinterfragen etablierte Strukturen und können Impulse für Veränderungen geben, die älteren Generationen möglicherweise nicht in den Sinn kommen. Zudem haben sie oft ein starkes Interesse an Themen, die in der Zukunft noch wichtiger werden: Klimaschutz, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit. Diese Themen werden die kommenden Generationen besonders stark betreffen, und deshalb ist es entscheidend, dass junge Menschen schon heute an den Entscheidungen beteiligt sind, die ihre Zukunft gestalten.

Kommunalpolitik bietet dafür eine hervorragende Plattform. Hier kann man im Kleinen beginnen und unmittelbare Veränderungen bewirken. Die Erfahrungen, die man dabei sammelt, sind unbezahlbar. Man lernt nicht nur, politische Prozesse zu verstehen und sich in Debatten durchzusetzen, sondern entwickelt auch ein tiefes Verständnis dafür, wie komplex politische Entscheidungen sein können.

Engagement in der Kommunalpolitik: Eine Investition in die Zukunft

Für viele junge Menschen mag der Einstieg in die Kommunalpolitik abschreckend wirken, da er Zeit und Energie er-

fordert. Doch dieses Engagement ist auch eine Investition in die Zukunft – sowohl für die eigene Entwicklung als auch für das Gemeinwohl. Wer früh politisch aktiv wird, lernt nicht nur wichtige Fähigkeiten wie Rhetorik, Verhandlungsgeschick und Organisationstalent, sondern entwickelt auch ein tiefes Verantwortungsbewusstsein für die eigene Stadt und ihre Bürger.

Die Beteiligung junger Menschen in der Politik ist nicht nur wünschenswert, sondern essenziell. Ihre Stimmen bringen neue Perspektiven ein, die in einer alternden Gesellschaft oft unterrepräsentiert sind. Deshalb: Kommunalpolitik braucht junge Menschen – und junge Menschen brauchen die Kommunalpolitik. Denn nur so können wir gemeinsam die Zukunft gestalten, in der wir alle leben wollen.

Die Kommunalwahl steht vor der Tür, es ist Zeit, jetzt anzupacken!



Tim Hordorff (31)

ist Landesvorsitzender der JuLis Hessen und arbeitet als Referent für Wirtschaftspolitik beim Hessischen Industrie- und Handelskammertag. Zusätzlich sitzt er im Kreistag des Hochtaunuskreises und ist Stadtverordneter der Stadt Bad Homburg. Ihr erreicht ihn unter: timhordorff@julis.de

WER SIND WIR UND WOHNIN WOLLEN WIR IM BEREICH DER MIGRATION? EIN ESSAY

Auf dem Obelisk, den Olu Oguibe zur Documenta 16 im Sommer 2017 auf dem Königsplatz in Kassel aufstellen ließ, steht der Satz aus dem Matthäus-Evangelium „Ich war ein Fremdling und Ihr habt mich beherbergt“ (Mt 25,35 c) auf Deutsch, Englisch, Arabisch und Türkisch.

Dieser einzelne Satz und die Wahl des ursprünglichen Ortes auf dem Königsplatz in Kassel stehen stellvertretend für den Diskurs, der seit Jahren in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen mehr oder weniger heftig geführt wird: Die Frage der Migration und ihren beiden Hauptthemen „Einwanderung“ und „Flucht“.



In diesem Streit konfrontieren wir uns unmittelbar mit unserer eigenen Geschichte, der Frage nach unserem Selbstverständnis, Fragen von Sicherheit, Ordnung und gesamtgesellschaftlicher Ethik. In diesem Diskurs wird – je nach politischer Einstellung – vieles miteinander vermengt, überzeichnet, mit Nachsicht betrachtet und/oder ausgeschwiegen.

„Ich war ein Fremdling und ihr habt mich beherbergt“ umreißt in aller Kürze das Spannungsdreieck, mit dem die deutsche Gesellschaft und damit die Bundesrepublik Deutschland als Staat in der Frage der Migration seit circa zehn Jahren steckt.

Auf einer Seite des Dreiecks das zutiefst humanitäre Bedürfnis, Menschen auf der Flucht zu helfen und ihnen Schutz zu gewähren. Dieses Bedürfnis wird im Fall unserer Gesellschaft auch durch die Tatsache verstärkt, dass unser Land in der Zeit des Nationalsozialismus millionenfache Flucht, Vertreibung, Vernichtung und Elend verursacht und damit die hauptsächliche Verantwortung hierfür trug und noch trägt. In der Gegenwart stellt sich allerdings die Frage, wie wir dieses Bedürfnis verantwortlich für alle Beteiligten ordnen und die Prüfung, wer schutzwürdig ist, ausgestaltet wird. Kurz gesagt: Wer darf bleiben?

Auf der nächsten Seite des Dreiecks, ist die Notwendigkeit, Einwanderung regelhaft zu organisieren, denn aufgrund des demografischen Wandels – der übrigens die meisten Industrieländer betrifft – benötigen wir Arbeitskräfte, die uns aktuell aus der eigenen Mitte nicht mehr zur Verfügung stehen. Hier ist die Herausforderung, zu definieren, wen wir in unser Land auf diesem Wege holen möchten. Wer kann kommen?

Auf der dritten Seite des Dreiecks müssen wir uns mit der unangenehmsten Frage auseinandersetzen, die in unserer Gesellschaft – zu Recht – die größten Diskussionen auslöst: Welche der Menschen, die aktuell nach Deutschland einwandern, möchten wir dauerhaft im Land und in die Gesellschaft aufnehmen? Von wem erwarten wir, dass sie das Land wieder verlassen? Und von welchen Menschen wollen wir, dass sie gar nicht erst einreisen? Wer soll und muss wieder gehen?

Wer kann kommen? Wer darf bleiben? Wer soll gehen? Letztendlich führen wir eine gesellschaftliche Diskussion über Gesinnungs- und Verantwortungsethik im Bereich von Flucht und Migration. Diese drei Fragen müssen wir als Gesellschaft

für uns beantworten. Die Bundesregierung muss in der Folge die Aufgabe und damit Verantwortung übernehmen und unsere Antworten in der Praxis umsetzen. Die einzelnen Bundesländer haben hier nur bedingten Handlungsspielraum, da sie lediglich für die Verwaltung und Unterbringung der Flüchtlinge und Migranten zuständig sind.

Die CDU-geführte hessische Landesregierung handelt in diesem Bereich seit 2015 schnell, konsequent und verantwortungsvoll. Sie hat die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Hessen (EAEH) so mit Mitteln, Know-How und Personal ausgestaltet, dass der Zugang von Flüchtlingen, der nach Hessen kommt, zügig, stringent und mit aller gebotenen Menschenwürde bearbeitet und versorgt werden kann.

So war die EAEH auch in der Lage, ab Februar 2022 beim Flüchtlingszugang aus der Ukraine die Kommunen maßgeblich bei dieser Herausforderung in Amtshilfe im Bereich der erkennungsdienstlichen Behandlung und medizinischen Untersuchung zu unterstützen. Auch die Zusammenarbeit mit den Kommunen und mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) funktioniert aufgrund der guten Unterstützung der hessischen Landesregierung seit Jahren reibungsfrei und professionell:

Die Prozesse der Asylantragstellung, der Versorgung, Unterbringung und sozialen Betreuung in der EAEH laufen in einem sehr hohen Maß schnell, prozessorientiert und digital basiert ab. Auch der im Anschluss an den Prozess der Asylantragstellung stattfindenden Zuweisung in die hessischen Städte und Gemeinden funktioniert in der Regel ohne Probleme. Die Probleme liegen nicht bei den Erstaufnahmeeinrichtungen. Zwar sollten die drei entscheidenden Fragen – ‚Wer kann kommen?‘, ‚Wer darf bleiben?‘ und ‚Wer soll gehen?‘ – im Rahmen der Asylantragstellung abschließend geklärt werden.

Da dies nicht geschieht, müssen wir die Folgen und damit verbundenen Herausforderungen in unseren Städten und Dörfern bewältigen:

- Menschen, die arbeiten wollen, aber nicht dürfen.
- Menschen, die gegen ablehnende Asylbescheide bis zum Schluss kämpfen. Teilweise über Jahre. Und mit großer Unterstützung von Ehrenamtlichen. Um dann doch – zu Recht – gehen zu müssen.
- Ein Asylsystem, über das Armutsmigration stattfindet und welches damit Menschen in ein System zwingt, in welches sie nicht hineingehören.
- Überforderte Ehrenamtliche, die eigentlich nur Mitmen-



schen helfen wollen, sich ein neues und besseres Leben aufzubauen.

- Aber auch Menschen, die eine vollkommen andere Vorstellung von einem gesellschaftlichen Miteinander haben, als wir. Die aber hierherkommen, weil sie sich ein besseres materielles Leben hier versprechen, unsere Werte von Freiheit, Gleichheit und Aufklärung nicht verstehen oder nicht verstehen wollen.
- Überforderte Schulen und Verwaltungen, die die Herausforderungen, die die Migration mit sich bringt, kaum noch bewältigen können.
- Soziale Konflikte, die aus der Überforderung von beiden Seiten entstehen: Der Aufnehmenden, die ihre Lebensweise und ihre Werte in Frage gestellt fühlen, die Ankommenden, die viele soziale Strukturen und Werte (noch) nicht verstehen.
- Die Verfestigung und Verschärfung von Vorurteilen führt dazu, dass auch Deutsche mit Migrationshintergrund darunter leiden. Sie fühlen sich oft mit Flüchtlingen gleichgesetzt,

was zu einem Gefühl der Ungleichbehandlung führt. Diese Deutschen haben eine lange Zeit gebraucht, um sich davon zu emanzipieren, um sich zu integrieren, Anerkennung zu finden und als gleichwertige Mitglieder akzeptiert zu werden. Und ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft geworden sind.

Dies alles kann dazu führen, dass wir als Bürgerinnen und Bürger dieses Staates, egal welcher Herkunft, das Vertrauen in unsere Institutionen verlieren. Damit verschwindet aber auch der Glaube, dass unser liberaler, demokratischer Rechtsstaat die Herausforderungen bewältigen kann.

Wo ein solcher Vertrauensverlust in eine Staatsform hin­führt, wissen wir Deutschen sehr gut. Denn unsere Urgroßmütter und Urgroßväter, unsere Großmütter und Großväter haben im Juli und November 1932 der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in letztendlich freien, gleichen und geheimen Wahlen zur stärksten Partei im Reichstag und damit einen Regierungsauftrag gegeben. Mit den bekannten furchtbaren Ergebnissen.

Geschichte wiederholt sich nicht. Aber auch eine ähnlich gelagerte Situation möchte für dieses Land niemand, wirklich niemand, der halbwegs bei Verstand ist und gerne hier lebt.

Wer kann kommen? Wer darf bleiben? Wer soll gehen? Die Umsetzung der Antworten auf diese drei Fragen muss eine Bundesregierung leisten, um das Vertrauen von uns Bürgerinnen und Bürgern in den liberalen und demokratischen Rechtsstaat zu erhalten. Sie muss verschiedene Dinge im Rahmen der drei Fragen „Wer kann kommen?, Wer darf bleiben?, Wer soll gehen?“ gewährleisten:

1. Wer kann kommen?

- Trennung von Asyl und Einwanderung. Das Asylverfahren ist nur für die Menschen da, die in ihrem Heimatland aufgrund von Geschlecht, Religion, ethnischer/sozialer Zugehörigkeit oder politischer Überzeugung individuell verfolgt werden.
- Schaffung eines allgemeinen transparenten Einwanderungsverfahrens, welches es Menschen ermöglicht, ohne Fluchtgründe nach Deutschland zu kommen, um sich hier nach bestimmten Vorgaben ein neues Leben aufzubauen. Und perspektivisch deutsche Staatsbürger zu werden.
- Schaffung einer Ausweispflicht: Nur wer sich amtlich ausweisen kann, kann Asyl beantragen, oder über ein Migrationsverfahren nach Deutschland kommen. Sanktionie-

rungsmöglichkeiten im Asylverfahren und im Einwanderungsverfahren, wenn kein Ausweis vorgelegt wird.

2. Wer darf bleiben?

- Durchsetzung des Grundsatzes, dass jedem, der nach Deutschland kommt und dort – egal wie lange, oder für immer – sich klar sein muss, dass unsere Grundwerte von Freiheit, Gleichheit und Aufklärung nicht verhandelbar sind. Sie sind Grundvoraussetzung, um hier am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.
- Im Bereich des Asylgesetzes: Straffung der Verfahren und Reduktion der Einspruchsmöglichkeiten gegen Asylbescheide um langwierige (Gerichts-)Verfahren zu vermeiden und schnell klare Perspektiven zu schaffen. Damit werden Kosten und menschliche Tragödien vermieden.

3. Wer soll gehen?

- Menschen, die unsere Rechtsordnung nicht akzeptieren („Straftaten“) begehen, verlieren ihr Recht zum Aufenthalt in Deutschland und müssen ausgewiesen werden.
- Im Bereich des Asylgesetzes: Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Dies bedeutet auch die Einstellung von staatlichen Sozialleistungen.
- Im Bereich eines Einwanderungsgesetzes: Personen, die zu den von uns festgelegten Maßstäben nicht passen.

Wie die Antworten auf diese drei Fragen rechtlich kodifiziert werden und wie die Exekutive (die Behörden) die entsprechenden Möglichkeiten bekommen, ihre Aufgaben effektiv und zielorientiert zu erledigen, ist die Aufgabe des Bundestages und damit der Bundesregierung. Die Bundesregierung ist auch in der Pflicht, diese Rechtsordnung praktisch und damit wirkungsvoll umzusetzen, um das Vertrauen, welches wir als Bürgerinnen und Bürger in sie und damit in den Staat als Ganzes gesetzt haben, zu rechtfertigen.

Die beiden Bereiche Einwanderung und Flucht müssen so geregelt und praktisch gehandhabt werden, damit sie

nicht die Akzeptanz bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern verlieren. Denn die Erfahrung spricht hier eine klare und deutliche Sprache: Jede Gesellschaft, die Einwanderung zugelassen, aber diese mit klaren Regeln und Strukturen organisiert hat, profitierte davon.

Gerade hier in Hessen ist an verschiedensten Orten (z. B. Neu-Isenburg, Bad Karlshafen, die Kasseler Oberneustadt) zu sehen, wie Einwanderung, wenn sie strukturiert und nutzbringend geordnet ist, einer Gesellschaft nützt: Diese Orte wurden vor über dreihundert Jahren durch Hugenotten – Flüchtigen aus Frankreich damals als „Réfugies“ bezeichnet – gegründet, die aufgrund ihrer Religion vertrieben



Hugenottenkreuz von Godet, Berlin ca. 1930;
Deutsches Hugenottenmuseum Bad Karlshafen.

wurden. Sie haben in den folgenden Jahren und Jahrzehnten erheblich zum materiellen Wohlstand und gesellschaftlichen Entwicklung beigetragen.

Hierfür ist eine gesellschaftliche Grundakzeptanz wichtig. Diese ist notwendig, damit auf der einen Seite der Satz aus dem Matthäus-Evangelium auf Olu Oguibes Obelisk „Ich war ein Fremdling und ihr habt mich beherbergt“ weiterhin seine Gültigkeit behält und auf der anderen Seite unsere Gesellschaft von der Einwanderung zum Wohl aller letztendlich profitiert.



Daniel Pöhland-Block

ist studierter Politikwissenschaftler. Nach Stationen an der Philipps Universität Marburg, im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, beim Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz und der Hessischen Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge, arbeitet er seit 2016 als Dezernatsleiter im Bereich der Flüchtlingsverwaltung beim Regierungspräsidium Gießen.

KOMMUNALPOLITIK ZUM HAUPTBERUF

EIN INTERVIEW MIT DER FRANKFURTER DEZERNENTIN STEPHANIE WÜST

Adriano Jugl: Guten Tag Stephi! Vielen Dank, dass Du Dir die Zeit für dieses Interview nimmst! Wenn Du zurückdenkst an den Beginn Deines politischen Engagements. Was hat Dich motiviert, Dich politisch vor Ort einzubringen?

Stephanie Wüst: Als gebürtige Frankfurterin liegt mir viel daran, wie sich meine Stadt entwickelt. Als ich die Zeit gefunden habe, politisch aktiv zu werden, wurde es mir vor allem ein Anliegen, aktiv Einfluss darauf zu nehmen, wie es hier weitergeht – an den Orten, an denen ich groß geworden bin und heute lebe. 2016 habe ich mich dann entschieden, für die Stadtverordnetenversammlung zu kandidieren und bin Stadtverordnete geworden. Ich hatte dabei auch tolle Begleiter in der Partei, beispielsweise Annette Rinn, Sebastian Papke oder Sven Holm.

Adriano Jugl: Nun könnte man sagen, Du hast Deine Leidenschaft zum Beruf gemacht, was ist für Dich das Besondere an der Kommunalpolitik?

Stephanie Wüst: Kommunalpolitik ist die Basis unserer Demokratie. Viele der Themen, die die Bürgerinnen und Bürger wirklich bewegen, betreffen ihren direkten Alltag: vom Parkplatzproblem über die Entwicklung neuer Wohngebiete bis hin zur Ansiedlung von Unternehmen, die neue Jobs schaffen. Diese Themen sind greifbar und haben oft unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Und man muss pragmatisch sein. Das macht die Kommunalpolitik so besonders – man sieht schnell konkrete Ergebnisse seiner Arbeit.

Adriano Jugl: Aktuell arbeitest Du als Wirtschaftsdezernentin in Frankfurt, wie kann man sich so einen typischen Arbeitsalltag bei Dir vorstellen? Was sind die genauen Kernaufgaben einer Dezernentin in diesem Bereich?

Stephanie Wüst: Meine Aufgabe ist, dass sich Unternehmen für Frankfurt entscheiden wollen und können. Mein Dezernat identifiziert die Herausforderungen, die Unternehmen haben, und suchen nach Lösungen – sei es in Bezug auf verfügbare Flächen, Infrastruktur oder Genehmigungsverfahren. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich Unternehmen hier ansiedeln oder hier bleiben und wachsen können. Jeder Tag bringt neue Aufgaben mit sich, einen echten Alltag gibt es nicht.

Adriano Jugl: Wenn man sich die anderen Dezernenten anschaut, auch in vielen anderen Kommunen in Hessen, fällt auf, dass diese häufig deutlich älter sind. Warum findet man gerade junge Menschen so selten in der Kommunalpolitik?

Stephanie Wüst: Viele junge Menschen sind noch dabei, sich beruflich und privat zu orientieren. Das Engagement in der Kommunalpolitik erfordert Zeit und oft auch schon eine gewisse Bekanntheit vor Ort. Kommunalwahlen sind stark personenorientiert – wer erst seit kurzer Zeit in einer Stadt lebt, hat es schwerer, sich durchzusetzen. Dazu kommt, dass viele junge Menschen oft nicht die notwendige Flexibilität sehen, um sich langfristig in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Adriano Jugl: Wenn Du jetzt den Beginn Deiner kommunalpolitischen Karriere in Frankfurt mit heute vergleichst, was hat sich genau für die Stadt verändert? Gibt es etwas, worauf Du stolz bist, daran mitgearbeitet zu haben?

Stephanie Wüst: In den vergangenen Jahren haben wir viel erreicht. Besonders stolz bin ich auf die erfolgreiche Ansiedlung der Anti Money Laundering Authority (AMLA) in Frankfurt. Das war ein großes Projekt, bei

dem wir im Wettbewerb mit Städten wie Paris, Madrid und Brüssel standen. Es hat viel Einsatz gefordert, aber am Ende haben wir uns durchgesetzt. Diese Erfolge zeigen, dass Frankfurt als Standort international konkurrenzfähig ist. Und wir haben den Finanzplatz auf die kommunalpolitische Agenda gesetzt – ein Erbe, das bleiben wird.

Adriano Jugl: In 1,5 Jahren ist wieder Kommunalwahl, was willst Du bis dahin noch bewegen?

Stephanie Wüst: Hier werde ich konkret: Frankfurt hat Nachholbedarf im Bereich von Startups. Wir reformieren gerade die Aufstellung der Stadt in diesem Bereich, angefangen von einem One-Stop-Shop für Gründer bis hin zur Weiterentwicklung unserer Stärken wie Internationalisierung und Clusterbranchen. Und wir müssen unsere Schwächen aufarbeiten wie beispielsweise den Zugang zu Wachstumskapital. Außerdem arbeiten wir an einer Strategie, die den Finanzplatz kommunalpolitisch nachhaltig auf die Agenda setzt. Das Stadtmarketing muss wachsen, denn wir konkurrieren international.

Adriano Jugl: Und Stichwort nächste Kommunalwahl: Was meinst Du, welche Themen werden bei dieser Kommunalwahl eine starke Rolle spielen und wie können wir es schaffen, dass viele (junge) Liberale in die Parlamente gewählt werden?

Stephanie Wüst: Die leistungsfähige Kommune, der Zustand unserer Schulen und für Liberale ein Alleinstellungsmerkmal: eine ermöglichende Verkehrspolitik, die sich an der Realität der Menschen ausrichtet. Sicherlich ist ein starkes wirtschaftliches Fundament weiterhin ein zentrales Thema. Gute Jobs, Aufstiegschancen und ein lebendiges Umfeld sind entscheidend für ein zufriedenes Leben. Gerade in Frankfurt müssen wir aber auch die Herausforderungen im Bahnhofsviertel anpacken. Hier sind bessere und klarere Lösungen gefragt. Für Junge Liberale gilt es, deutlich zu machen, dass man konkrete Ideen hat, wie man die Lebensqualität vor Ort verbessert. Wichtig ist, dass viele von euch JuLis aktiv werden und zeigen, wie man unsere Gemeinden zukunftsfähig gestalten kann. Das Engagement jedes Einzelnen ist hier entschei-

dend. Und auch amtierende Mandatsträger sind gefragt, Euch ernst zu nehmen. Das funktioniert nur miteinander.

Adriano Jugl: Vielen lieben Dank für Deine Zeit und das tolle Gespräch!



Stephanie Wüst

ist Dezernentin für Wirtschaft, Recht und Stadtmarketing bei der Stadt Frankfurt am Main. Sie hat uns im Interview einen Einblick in ihren Arbeitsalltag als Hauptamtliche Stadträtin gegeben und verrät uns, warum wir mehr junge Menschen brauchen, die Lust haben, sich in ihrer Kommune zu engagieren.



POLITIK FÜR MORGEN– DAS GEHT NUR MIT UNS!

Ein “historical moment” jagt den nächsten. Nachdem sich unsere Generation Anfang der 2010er Jahre noch gefragt hat, ob die wichtigen historischen Ereignisse vorbei sind, erleben wir nun einen nach dem anderen. Der Brexit, eine weltweite Pandemie, Shutdowns, Überfall Russlands auf die Ukraine, die Wirtschaft, die ins Stocken gerät und Preise, die steigen, der barbarische Angriff der Hamas auf Israel... die Liste ist lang. Doch es zeigt eins, was junge Menschen heute schon erlebt haben und was für Erfahrungen sie gesammelt haben, ist nicht kleinzureden. Und der Unterschied zu älteren Generationen, wir werden die langfristigen Konsequenzen heutiger Entscheidungen tragen müssen, in den nächsten Jahrzehnten oder sogar noch im nächsten Jahrhundert. Doch schauen wir in die Parlamente, in diesem Fall werfen wir einen Blick in den deutschen Bundestag: Verhältnismäßig viele ältere Abgeordnete. Und das durch alle Parteien und Landesgruppen hinweg. Enttäuschend aber insbesondere bei den Freien Demokraten, die doch eigentlich jedem Individuum gleichermaßen etwas zutrauen, die sich für das Wahlalter 16 einsetzen, die die programmatische Arbeit der Jungen Liberalen so schätzen und ihn nicht selten als ihren inhaltlichen Motor verstehen. Am Wahltag 2021 lag das Durchschnittsalter der hessischen Landesgruppe bei über 50 Jahren – was für eine deutliche Diskrepanz, bedenke man, wie viele junge Menschen es waren, die der FDP 2021 ihre Stimme schenkten – vertreten werden sie nun von Älteren. Im Wahlkampf angetreten mit zukunftsweisenden Ideen, mit progressiven Inhalten, mit Aufbruchsstimmung eingetreten in eine “Fortschrittskoalition”. Und dann ging es in die Defensive. Raus kam die FDP nur selten. Verständlich, dass in dieser Koalition Kompromisse gemacht werden mussten. Oft hat die FDP auch mehr blaue Augen verpasst als zurück bekommen. Aber soll das tatsächlich ein Trostpflaster für junge Menschen sein? Warum geben junge Menschen aber Liberalen eine Stimme? Als Liberaler ist man dazu verleitet zu sagen, das ist wohl höchst individuell.

Das mag durchaus zutreffen, aber mit Sicherheit zählt die Vision einer positiven Zukunft dazu. In Zeiten, in denen uns gesagt wird, auf die Rente könnt ihr nicht vertrauen, kam die FDP mit einer Aktienrente. Als die Klimakrise täglich präsent wurde und Grüne Verzicht predigten, boten die Liberalen ein umfassendes marktwirtschaftliches Konzept – den CO2 Emissionszertifikatehandel. Und nachdem wir jahrelang in den Schulen noch auf Kreidetafeln schreiben und Overhead Projektoren benutzen mussten, stand die FDP für ein modernes, leistungsorientiertes Bildungssystem, das Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt.

Die Liberalen standen nicht zuletzt dafür, dass durch Fleiß, Ehrgeiz und die eigene Leistung alles machbar ist. Und deshalb haben uns junge Menschen gewählt. Sie sehen in liberaler Politik die Chance, ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen und sich frei von staatlicher Bevormundung zu entfalten. Aber was davon wurde tatsächlich angepackt?

Einen Entwurf für ein neues Rentenpaket gibt es – nur kein Liberales. Diese Reform kommt lediglich der SPD zugute, während die junge Generation die Kosten tragen wird. Das schuldenfinanzierte Generationenkapital ist am Ende nicht die versprochene Aktienrente. Die Zeit ist knapp, die Bevölkerung wird immer älter und die Zahl der Rentenbezieher steigt. Eine echte Aktienrente ist kein Nice to have – sondern unausweichlich für unsere Zukunft.

Und auch bei der Bildung, unserer Grundlage für Wohlstand und Freiheit reichen die Reformen nicht aus. Die BAföG-Reform war ein wichtiger Schritt, doch jetzt muss endlich das vollständig elternunabhängige BAföG kommen, damit alle jungen Menschen unabhängig vom Elternhaus die Chance auf ein Studium haben. Wir brauchen ein einheitliches Bildungssystem, das sich an internationalen Maßstäben orientiert statt zwischen Wiesbaden und Mainz. Deutsch-

land kann es sich nicht leisten, 16 mittelmäßige Bildungssysteme zu haben. Noch dazu steht die Wirtschaft unter erheblichem Druck. In Zeiten von Energiekrisen, geopolitischen Unsicherheiten und abnehmender Attraktivität als Wettbewerbsstandort muss jetzt entschlossen gehandelt werden. Als Liberale wissen wir doch, dass der Weg zu wirtschaftlicher Stabilität nicht durch kurzfristige Maßnahmen, sondern durch langfristige, marktgerechte Lösungen führt. Statt in Reaktionismus zu verfallen, müssen wir auf Innovation setzen und endlich die Rahmenbedingungen für unternehmerischen Erfolg schaffen. Nur so kann die Wirtschaft gestärkt und für die Zukunft stark gemacht werden. Und eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die Grundlage für eine gute Sozialpolitik. Rot und Grün müssen endlich auch erkennen, dass das Bürgergeld in der ursprünglichen Form gescheitert ist. Stück für Stück wird es nun wieder zurückgenommen. Doch wo bleibt die negative Einkommenssteuer – das liberale Bürgergeld? Wo bleibt das Wahlalter 16? Wo bleiben die mutigen Reformen? Vieles wurde begonnen und nur halbherzig zu Ende geführt, mit dem Ergebnis, dass die großen, dringend benötigten Reformen ausgeblieben sind. Ein Staat muss erstmal seine Pflichtaufgaben erfüllen, bevor er sich um die Kür kümmern kann. Und zur Pflicht gehört ebenfalls, Sicherheit in diesem Land zu schaffen und für eine gesteuerte Migrationspolitik zu sorgen. Zu lange wurde dieses Themengebiet nur der AfD überlassen. Die Folge haben wir bei den Landtagswahlen in diesem Jahr erlebt. Jedes erfolgreiche Einwanderungsland muss Migration kontrollieren und geltendes Recht durchsetzen. Wir schätzen eine liberale offene Gesellschaft, wir sind Europäer und insistieren auf offene innereuropäische Grenzen, doch gleichzeitig ver-

kennen wir die Realität nicht. Was es jetzt braucht, ist eine enge Zusammenarbeit aller Länder, auf allen Ebenen und den Mut, die richtigen Entscheidungen auch zu treffen!

So viele Themen für die uns junge Menschen gewählt haben. 4 Jahre Zeit und so vieles ist liegen geblieben. Und genau deshalb brauchen wir sie. Wir brauchen junge Menschen in der Politik. Wir brauchen junge Menschen in den Parlamenten. Die Beteiligung junger Menschen an der Politik ist nicht nur ein Gewinn für die demokratische Kultur, sondern auch eine Notwendigkeit für die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft.

Die Herausforderungen von morgen – das geht nur mit jungen Menschen, das geht nur mit uns.



Viola Gebek (25)

ist stellvertretende Landesvorsitzende für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Spitzenkandidatin der JuLis Hessen zur Bundestagswahl 2025. Sie arbeitet im Brand Management eines internationalen Konsumgüterherstellers. Ihr erreicht sie unter: viola.gebek@julis.de

DAS DEUTSCHE RENTENSYSTEM –

KLIENTELPOLITIK AUF KOSTEN DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG

Die Rente: Ein Thema, das wie kein anderes generationsübergreifend Ängste auslöst. „Rente gibt es für unsere Generation nicht mehr.“ ist ein häufiger fallender Satz, wenn man mit jungen Menschen über das Thema gesetzliche Rente spricht.

Dies bestätigt auch eine INSA-Umfrage, welche im Auftrag von Fidelity durchgeführt wurde. In dieser sagen über die Hälfte der befragten Personen im Alter von 18 bis 39 Jahren aus, dass sie (wahrscheinlich) keine Rente mehr bekommen werden. Ein solches pessimistisches Bild der gesetzlichen Altersvorsorge ist aber auch bei der jungen Generation kein Einzelfall. Weitere Umfragen, wie die des Meinungsforschungsinstitutes GfK, weisen darauf hin, dass zwei Drittel der 18 bis 32-Jährigen Angst vor Altersarmut haben. Die Ergebnisse der Studien sind in einer solchen Deutlichkeit ein klares Misstrauensvotum gegen die bisherige Rentenpolitik. Der Generationenvertrag ist ein einziger Enkeltrick, ausgeübt an Rentnern und Arbeitnehmern. Hinter dem fiktiven Vertrag steht das umlagefinanzierte Rentensystem, welches aus monatlichen Einzahlungen der Beitragszahler finanziert wird.

Der demografische Wandel sorgt mit dem Rückgang der Geburtenraten dafür, dass es in wenigen Jahren mehrere Rentner geben wird, welche ein Beitragszahler alleine mit seinen Umlagen finanzieren muss. Während 1962 sechs Beitragszahler Umlagen für einen Rentner zahlen, „wird es 2030 heftig“, so Rainer Schlegel, ehemaliger Vorsitzender des Bundessozialgerichts. In Zahlen heißt das, dass im Jahr 2030 1,5 Beitragszahler einem Rentner gegenüberstehen. Diese Zahlen unterstreichen noch einmal, dass sobald die Babyboomer in Rente gehen, mehrere drastische Finanzierungsprobleme auf die umlagefinanzierte Rente zukommen. Diese drohen die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates grundlegend einzuschränken.

Um dem demografischen Wandel entgegenzutreten, wäre eine Erhöhung des Renteneintrittsalters unabdingbar. Diese Maßnahme ist bei einer steigenden Lebenserwartung logisch und in Anbetracht der dramatischen Zahlen notwendig. Des Weiteren gibt es viele Vorteile, die mit dem späteren Ruhestand einhergehen.

Eine repräsentative Studie der RWI und der Universität Paderborn aus dem Jahr 2022 zeigt auf, dass der Ruhestand den geistigen Abbau fördert und beschleunigt. Durch ein späteres Renteneintrittsalter wird dieser Problematik entgegengewirkt. Klare Antworten auf die aufgezählten Herausforderungen spiegeln sich aber in keiner Weise in der Rentenpolitik der vergangenen Jahre wider. Stattdessen kam es zwischen den Jahren 2014 und 2020 zu einer deutlichen Ausweitung der Leistungen für bestimmte Personengruppen. Besonders weitgehende Erweiterungen der Leistungen waren beispielsweise die Mütterrente, die Rente mit 63, die Grundrente oder die Reformen der Erwerbsminderungsrente.

Diese Erweiterungen sind in Gänze Klientelpolitik, welche dafür sorgt, dass die gesetzliche Altersvorsorge dem Generationenvertrag in keiner Weise mehr gerecht wird. Was es vielmehr braucht, ist ein Systemwechsel in Fragen des Rentensystems. Es braucht eine gesetzliche Aktienrente. Als Vorbild für ein solches System wird oft auf das schwedische Modell verwiesen. Ganz grundsätzlich kann so die langfristig nicht finanzierbare Bezuschussung im Bundeshaushalt abgeschafft werden. Zudem kann so in Zukunft jeder Erwerbstätige langfristig vom Wachstum des Kapitalmarktes profitieren.

Deutschland hat im internationalen Vergleich eine äußerst schlechte Aktien- und Risikokultur. Mit der Aktienrente kann so in jeder Einkommensschicht, durch Teilhabe am Kapital-

markt, eine solche gesunde Investitionskultur gestärkt und sogar ganz neu geschaffen werden. Die Rente eignet sich besonders gut für eine Kapitalmarktstützung, weil man durch einen langen Investitionszeitraum, mit dem Zinseszins und der Möglichkeit, so Schwankungen auszugleichen, ein nicht nennenswert niedriges Risiko erzielen kann. Um unseren späteren Start mit der Aktienrente auch im internationalen Wettbewerb ausgleichen zu können, sollten wir einen höheren Prozentsatz, wie beispielsweise Schweden, des Einkommens in kapitalgedeckte Fonds einzahlen. In Schweden sind das aktuell 2,5 % des Einkommens. Im Gegensatz dazu muss aber die Beitragshöhe für das zu diesem Zeitpunkt noch bestehende umlagefinanzierte Rentensystem gesenkt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, um die Rente in Zukunft zu sichern und enkelfähig zu machen, braucht es die Aktienrente. Die aktuellen politischen Entscheidungsträger betreiben Rentenpolitik mit dem Weitblick einer Wahlperiode. Man könnte meinen, dass sich die Ampelkoalition dem Thema, die Rente zukunftssicher zu machen, angenommen hat. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz stellte Christian Lindner mit Robert Habeck das Rentenpaket 2 vor. Dieses soll das Ziel verfolgen, das Rentenniveau zu stabilisieren. Das Konzept des Rentenpakets setzt zwar auch auf die Aktienrente, dennoch bleibt es bei einem lauwarmer Geständnis gegenüber dieser. Scharfe Kritik kommt auch von den großen Wirtschaftsverbänden. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger bezeichnet das Rentenpaket 2 als „das teuerste Sozialgesetz des Jahrhunderts“. Wenn man die Berechnungen des IHW zum Anstieg der Beiträge betrachtet, kommt man zum identischen Endergebnis wie Herr Dulger. Im Jahr 2039 übersteigt der prozentuale Beitragssatz in Relation zur Lohnsumme die Marke von 22 %. Die „Stabilisierung“ wird also auf

den Kosten der arbeitenden Bevölkerung und langfristig der jungen Generation betrieben. Schon jetzt ist der Zuschuss vom Bund für die gesetzliche Rente der größte Einzelposten im gesamten Bundeshaushalt. Mit dem Rentenpaket wird dieser noch zusätzlich erhöht, eine Tatsache, die mit Generationengerechtigkeit unvereinbar ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es einen politisch verursachten Reformstau im Rentensystem gibt. Dieser kann nur überwunden werden, wenn der politisch begrenzte Horizont auf eine Wahlperiode endlich in einer der wichtigsten Fragen der Sozialpolitik auf Jahrzehnte und darüber hinaus erweitert wird. Nur durch mutige Reformen und langfristige Planung kann das Rentensystem zukunftssicher gestaltet und die Generationengerechtigkeit gewährleistet werden.



Elias Philipp Herzog (16)
ist ein politischer Vollzeit-Freiheitskämpfer und Kreisvorsitzender der JuLis Hersfeld-Rotenburg.
Ihr erreicht ihn unter: elias.herzog@julis.de



WEHRPFLICHT LIGHT: PISTORIUS' PLAN ZUR STÄRKUNG DER BUNDESWEHR – EIN SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG?

Deutschland hatte mit seiner Wehrpflicht, die von 1956 mit Ergänzung des Zivildienstes ab 1983, bis 2011 ein enormes Potenzial entwickelt. Dies gelang durch die Angliederung von NVA-Kontingenten, demnach vielen zusätzlichen Soldaten für die Bundeswehr und auch damaliger hochmoderner Waffensysteme aus deutscher Produktion, was der Bundeswehr auch innerhalb der NATO einen großen Stellenwert einbrachte.

Dennoch ruhte sich die Politik auf diesem Stand der Bundeswehr aus. Nach den Terroranschlägen von 2001 und den darauffolgenden Einsätzen in Afghanistan, Mali und dem Irak wurde 2011 die Wehrpflicht offiziell ausgesetzt, da die Sicherheitslage als so stabil eingeschätzt wurde, dass diese die Grundrechtseingriffe nicht mehr rechtfertigten. 2008 besetzte Russland Regionen in Georgien und annektierte 2014 die Krim.

In diesen Jahren verpasste die Politik und entsprechende Verteidigungsminister und Meisterinnen den Wendepunkt der Bundeswehr hin zu einer weiterhin modernen und schlagfertigen Armee für den Verteidigungsfall.

Mittlerweile sind die schlechten Bedingungen in der Bundeswehr bekannt; Zu wenig Personal, zu lange Lieferfristen für Munition und Ausrüstung, übermäßige Bürokratie, zu alte und marode Ausstattung der Kasernen, zu wenig Munition und immer wieder Ausfälle bei Waffensystemen, wie dem G36 oder Puma. Auch innerhalb der Bundeswehr trifft das auf Unverständnis. Doch das sollte sich, laut Olaf Scholz, mit der „Zeitenwende“ ändern.

Seit dem brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022, setzt ein Umdenken in der deutschen Verteidigungspolitik ein, die Bundeswehr und somit auch die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands bestmöglich auszustatten und ihr wieder mehr Priorität zu geben. Dazu gehörte auch

das Sondervermögen von 100 Milliarden und das Versprechen von Olaf Scholz, 2 % des BIP dauerhaft in die Bundeswehr zu investieren.

Nach reichlicher Überlegung stellte Verteidigungsminister Pistorius am 13.06.24 seine Pläne für einen neuen Wehrdienst vor, womit Deutschland wieder „kriegstüchtig“ werden soll. Angelehnt an das schwedische Modell, bei dem alle 18-jährigen jungen Männer angeschrieben werden, verpflichtend Fragen beantworten müssen und demnach eingezogen werden könnten, bzw. einen freiwilligen Wehrdienst leisten. Das betrifft ab 2025 ca. 400.000 junge Männer jährlich, mit dem Ziel 5.000–7.000 tausend junge Männer und auch Frauen für die Bundeswehr und somit den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen. Pistorius möchte somit sicherstellen, dass nur „die Besten und Motiviertesten“ ausgewählt werden.

Es klingt nach einer guten Idee, die Bundeswehr attraktiver zu machen und wieder zu modernisieren, gerade nach dem letzten, Wehrbericht, der hemmungslos die Probleme der Bundeswehr aufgezeigt hat.

Dennoch sind nicht alle Fragen geklärt und die Diskussion über eine neue Wehrpflicht ist noch nicht vorbei, denn es gibt große Kritikpunkte. Um die Bundeswehr wirklich zu stärken, sollte an ganz anderen Ecken angefangen werden.

Die Bundeswehr ist überhaupt nicht in der Lage, so viele junge Menschen aufzunehmen und zu beschäftigen. Das liegt zum einen an Personal und Ausrüstung, aber auch daran, dass viele Kasernen marode und kaputt sind. Diese Zustände treiben keinen jungen Menschen freiwillig zur Bundeswehr. Dort sollte mehr Geld investiert werden, bevor Hunderttausende junge Männer in der Bundeswehr ihren Dienst leisten. So würde sich auch die Moral der Truppe bessern.

Des Weiteren darf nicht vergessen werden, dass diese Maßnahmen ein starker Eingriff in die Grundrechte von jedem jungen Menschen sind. Natürlich wird das Wort „Pflicht“ so gut es geht vermieden, aber es ist und bleibt ein Eingriff in die persönlichen Rechte von jedem, auch wenn die Freiwilligkeit immer betont wird. Was ist, wenn jemand nach seinem Realschulabschluss schon eine Idee hat, welche Ausbildung er machen möchte und direkt damit anfangen will? Dann fehlt dieser Person ein Jahr ihrer persönlichen Lebenszeit. Dennoch: „Ganz ohne Pflicht wird es nicht gehen“, die Frage ist, wie weit das von staatlicher Seite ausgelegt wird.

Die Bundeswehr hat zu wenig Truppen, dringend benötigtes Material, Ausrüstung und so weiteres. Wie soll das auf Hunderttausend junge Menschen verteilt werden? Die Bundeswehr kann sich höchstens 3 Tage lang verteidigen, bevor die Munition ausgeht, da hilft auch kein Wehrdienst.

Die Probleme und Diskussionen bleiben. Es ist so, als würde Pistorius die Probleme der Bundeswehr von der verkehrten Seite aus betrachten und lösen wollen. Anstatt konkret an der Beschaffung, Bürokratisierung oder internen Problemen zu arbeiten, sollen erstmal mehr junge Menschen diese Probleme beheben. Das wird nicht funktionieren, selbst wenn sich einige für eine Karriere bei der Bundeswehr entscheiden.

Welche Ausmaße der neue Wehrdienst annehmen wird, werden wir erst in Zukunft sehen.

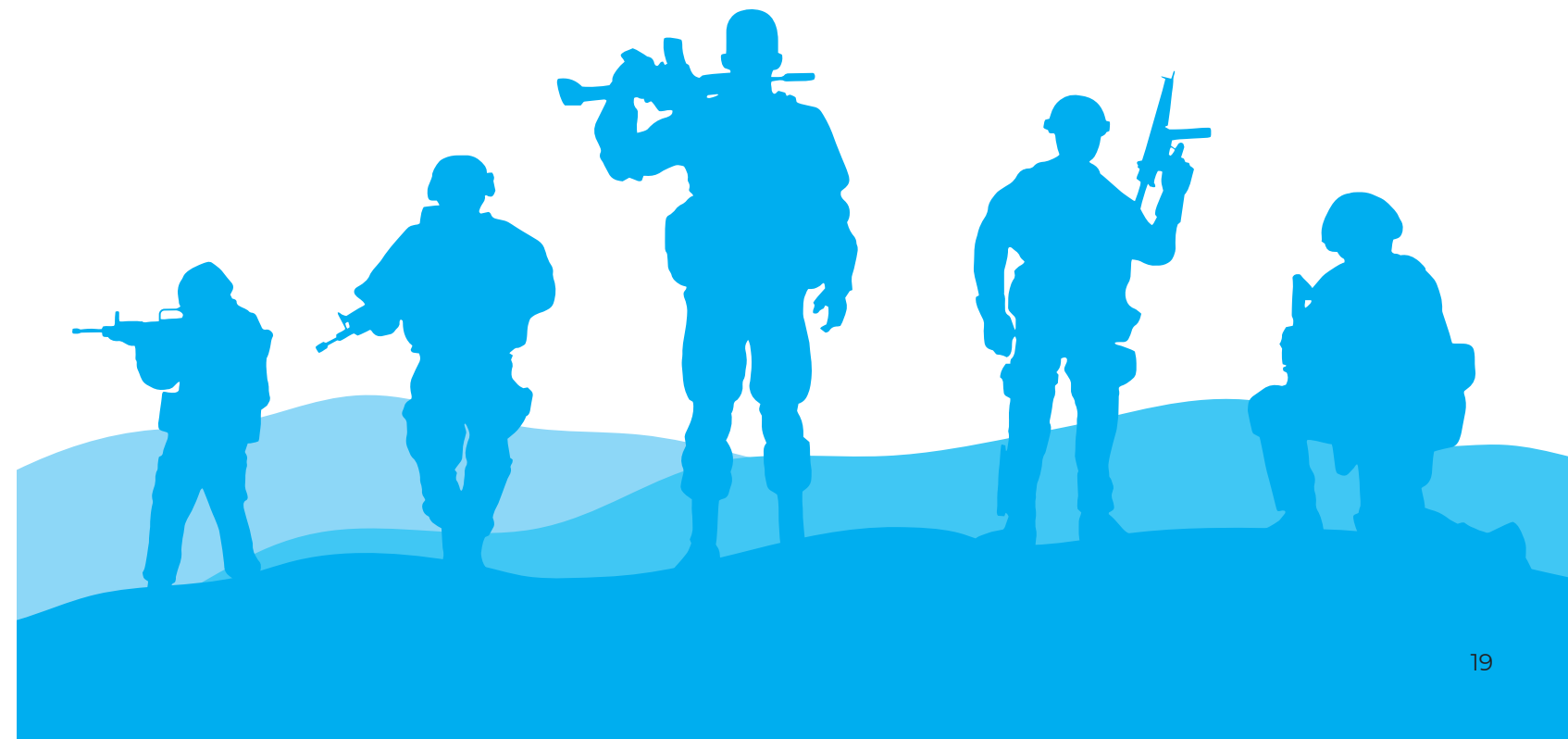
Priorität hat, die Probleme nicht wieder aus den Augen zu verlieren, nur weil man dachte, jetzt hätte man die perfekte Lösung gefunden zu haben.

Die Verteidigung Deutschlands ist und bleibt weiterhin eine der wichtigsten Fragen der deutschen Bundespolitik.



Fynn Gabriel Reuther (19)

ist Abiturient in Wiesbaden. Er ist Vorsitzender der JuLis RTK, des LAKs Internationales & Verteidigung und Mitglied im Internationalen Komitee. Ihr erreicht ihn unter: fynn.reuther@icloud.com



BAFÖG REFORM: EIN MEILENSTEIN FÜR MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Guten Tag Frau Stark-Watzinger, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für uns nehmen!

Wir wollen heute über ein wichtiges Thema für uns JuLis sprechen - über weltbeste Bildung und Chancengerechtigkeit in der Bildung, genauer gesagt im Studium. Bereits seit langem setzen wir uns für eine echte Bafög-Reform ein. Jetzt haben Sie einiges in Gang gebracht in den letzten drei Jahren.

Was genau ist denn geschehen, können Sie uns da einen Einblick geben?

Aufstieg durch Bildung ist eines meiner zentralen Anliegen. Ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb haben wir das BAFöG gleich in mehreren Reformschritten besser gemacht. So haben wir erst kürzlich eine Studienstarthilfe eingeführt, um junge Menschen aus Haushalten mit Sozialleistungsbezug mit einem einmaligen Zuschuss von 1.000 Euro zu unterstützen. Wir haben zudem grundlegende strukturelle Verbesserungen auf den Weg gebracht. So können Studierende künftig in der BAFöG-Förderung ein Flexibilitätssemester über die Förderungshöchstdauer hinaus in Anspruch nehmen.

Auch der Fachrichtungswechsel wird für BAFöG-Bezieher erleichtert. Darüber hinaus sorgen wir für Verwaltungsvereinfachungen durch angemessene Pauschalierungen und den Verzicht auf Anrechnungsregelungen. Insgesamt haben wir in dieser Legislatur die Bedarfssätze um 11, den Wohnkostenzuschuss um 17 und die Freibeträge um 27 Prozentpunkte erhöht. Mit Kinderbonus, Heizkostenzuschüssen, Einmalzahlung und günstigerem Semesterticket haben wir junge Menschen zusätzlich entlastet. Wir sind angetreten, um mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung zu schaffen – und wir stehen zu unserem Wort.

Warum war eine Bafög-Reform eigentlich dringend notwendig?

Von 2012 bis 2021 ist die Zahl der mit BAFöG Geförderten jährlich gesunken. Diesen kontinuierlichen Rückgang der Gefördertenzenahlen wollten wir nicht hinnehmen. Jeder und jede soll studieren oder eine schulische Berufsausbildung

machen können, wenn er oder sie das möchte. Uns war daher besonders wichtig, dem BAFöG so schnell wie möglich neuen Schub zu geben, wieder mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen und noch mehr jungen Menschen Chancen zu eröffnen. Dafür musste es dringend attraktiver, moderner und flexibler werden.

Und welche signifikanten Veränderungen hat die letzte Bafög Reform mit sich gebracht?

Uns ist gelungen, dass sowohl die Zahl der mit BAFöG Geförderten als auch die durchschnittlichen Förderbeträge im zweiten Jahr in Folge angestiegen sind. Diese Zahlen bestätigen die Wirkung unserer ersten großen BAFöG-Reform gleich zu Beginn der Legislaturperiode, mit der wir das BAFöG für mehr Menschen geöffnet und die Leistungen deutlich erhöht haben. Die Ausweitung der BAFöG-Berechtigung durch deutlich höhere Freibeträge war richtig. So stärken wir weiter die Chancengerechtigkeit in unserem Land.

Wie geht es nun weiter? Sind weitere Reformschritte geplant?

Wichtig ist nun vor allem die weitere Digitalisierung des BAFöG, damit die Anträge schneller bearbeitet werden und die Mittel zügiger bei den Studierenden ankommen. Im Bundesministerium für Bildung und Forschung haben wir bereits alle Voraussetzungen geschaffen, um das BAFöG digitaler zu machen. Jetzt sind die Länder am Zug. Sachsen-Anhalt hat beispielsweise als erstes Land die E-Akte für BAFöG-Anträge längst umgesetzt. Die übrigen Länder müssen nun zügig nachziehen.

Und die abschließende Frage, die uns JuLis natürlich brennend interessiert: Wann kommt endlich das elternunabhängiges Bafög und welche Hürden gibt es da vielleicht noch?

Die freie Wahl des Studiums darf nicht von der Unterstützung der Eltern abhängen, das ist völlig klar. Deshalb kämpfen wir Freie Demokraten in der Bundesregierung weiter für ein elternunabhängiges BAFöG. An einigen Stellen ist es uns bereits gelungen, die Koalitionspartner zu überzeugen und das BAFöG elternunabhängiger aufzustellen. Etwa, indem der Kindergarantiebtrag künftig direkt an junge Erwachsene ausgezahlt wird. Diesen Kurs müssen wir konsequent fortsetzen.

Vielen lieben Dank für das Interview



Bettina Stark-Watzinger

ist Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft sowie Landesvorsitzende der FDP Hessen

WIRTSCHAFTS WENDE

In den letzten Wochen hat der Begriff der „Wirtschaftswende“ immer stärker an Bedeutung gewonnen. Was die grundlegende Thematik hinter diesem Begriff ist und wie wir eine erfolgreiche „Wirtschaftswende“ umsetzen können, wird in diesem Artikel genauer thematisiert.

Der Begriff der Wirtschaftswende wurde mit dem Beschluss des FDP-Präsidiums „12 Punkte zur Beschleunigung der Wirtschaftswende“ am 22.04.2024 in der Bundespolitik so richtig populär. Während die beiden Koalitionspartner eher ideenlos und überfordert wirken, legt die FDP den Finger in die Wunde und bringt Vorschläge mit denen sich arbeiten lässt.

Seit den letzten Jahren kann man in Deutschland ein geringes einstelliges und teilweise negatives Wirtschaftswachstum beobachten. Auch wenn viele Privatpersonen denken, dass diese Entwicklung keinen Einfluss auf Sie hätte, ist das so nicht richtig. Der zu verteilende Kuchen bleibt gleich groß. Nur ein paar negative Effekte die daraus resultieren sind zum Beispiel, dass weniger neue Jobs geschaffen werden, es wird weniger investiert und geforscht, die Löhne stagnieren und es gibt weniger Mittel für öffentliche Ausgaben. Außerdem sehen wir in der Realwirtschaft den Effekt, das Vermögen in wachsenden Volkswirtschaften deutlich gleichmäßiger verteilt ist, als in Volkswirtschaften die weniger stark wachsen. Wachstum schafft Nachfrage nach Arbeit und eine höhere Nachfrage nach Arbeit lässt Löhne steigen.

Häufig wird die Meinung vertreten, dass ein geringes Wirtschaftswachstum einen positiven Einfluss auf das ökologische Umfeld habe, da sich der Druck um natürliche Ressourcen verringere. Während der Corona Pandemie konnte man den Effekt beobachten, dass Bio Lebensmittel deutlich we-

niger gekauft worden sind als vor der Pandemie. Dieser Effekt zeigt meiner Ansicht nach, dass Klimaschutz nur auf Basis eines stabilen wirtschaftlichen Fundaments passieren kann. Muss man irgendwo sein Budget einsparen, spart man da ein, wo man den geringsten Grenznutzen erwartet. Ein positiver Nebeneffekt ist natürlich noch die Innovation und die Technologie, die durch ein hohes Wirtschaftliches Wachstum stimuliert wird.

Ich bin der Auffassung das wir den Klimawandel, den sozialen Frieden und unsere politische Stabilität nur mit einem stabilen wirtschaftlichen Fundament bewältigen können. Der sozialistische Traum von der SPD und den Grünen bleibt ein Märchen mit dem niemandem langfristig geholfen werden kann.

Aber wieder zurück zu dem 12 Punkte Papier der FDP. Grundlegend setzt das 12 Punkte Papier den Fokus auf Bürokratieabbau, Entlastungen und Abbau von Subventionen und Kosten. Den Teil mit dem Bürokratieabbau sehe ich als sehr kritisch an. Viel Bürokratie mit dem sich die Wirtschaft auseinander setzen muss kommt aus der EU, die Bürokratie, die abgebaut wird, hat nur bedingt Entlastungseffekte auf die Unternehmen. Der Beamtenapparat ist zäh und träge, wollte man

der Bürokratie den Kampf ansagen, müsste man Papier in den Behörden verbieten und Stellen nicht mehr nachbesetzt. Viel Bürokratie hat einen lobhaften Ursprung, wie zum Beispiel den Klimaschutz oder Schutz von Arbeitnehmerrechten. Die Umsetzung ist jedoch nicht effizient. Zum Beispiel konkurrieren viele Unternehmen in den USA um Arbeitnehmer, indem sie die Höhe des Zuschusses

zur Rente steuern. Dieses System schafft effiziente Altersvorsorgeprodukte und kostet die Allgemeinheit keinen Cent.

Der Entlastungsteil geht meiner Meinung nach in die richtige Richtung, jedoch in seinen Punkten nicht weit genug. Die Körperschaftssteuersätze sind in Deutschland mit etwa unter 30% im internationalen Vergleich zwar noch recht weit vorne, aber nicht sonderlich weit entfernt vom Schnitt.

Hier sehe ich das Entlastungspotenzial eher in Mitarbeitern, die regulatorischen Aufgaben nachgehen und so keinen wirtschaftlich wertschöpfenden Prozess leisten. Das große Problem ist die Belastung von Einkommen. Das deutsche Sozialversicherungssystem ist für das was es bietet, viel zu teuer. Vielen

Leuten fällt gar nicht auf, wie teuer dieses System eigentlich ist. Auf der Gehaltsabrechnung werden die Arbeitgeberanteile retuschiert, die Steuerzuschüsse werden ignoriert. Das System hat sich mittlerweile in ein Fass ohne Boden entwickelt, in das

immer mehr Wasser gegossen wird. Aus Reformträgheit von SPD und der Union wurde in den letzten Jahren nichts verändert. Im Gegenteil, der SPD-Wählende Facharbeiter freut sich sogar über das beschlossene Rentenpaket II. Man kann sich ja selber ausrechnen, wie teuer die Belastung ist, wenn man nochmal grob 20% auf sein Jahresgehalt drauf-

rechnet und die Steuerzuschüsse pro Kopf berücksichtigt. Ein nicht angenehmes Ergebnis. Folgende Lösungsvorschläge schlage ich vor: Die Einführung der steuerlichen Förderung von marktorientierten Altersvorsorge Produkten, kein Rürup und Riester Quatsch mehr. Erleichterung des Wechsels in die Private Krankenversicherung. Die Koppelung des Grundfreibetrags an den Mindestlohn und eine Anhebung des Arbeitnehmer Pauschbetrags auf 4.000€! Einfach mal bei den Nachbarländern die Erfolgskonzepte abschreiben.

Im Großen und Ganzen ist das 12 Punkte Papier sinnvoll und geht in die richtige Richtung. Meiner Meinung nach ist vieles davon nur sehr oberflächlich ausgearbeitet und ich sehe es kritisch, ob sich diese Wirkung in Zeiten der aktuellen strukturellen Defizite wirklich auch zeigt. Meiner Meinung braucht die Wirtschaft gerade wieder Sicherheit und Planbarkeit um sich wieder in die richtige Richtung zu bewegen (auch wenn die Risikoauflagen der Anleihenmärkte ein anderes Signal geben). Ob diese Sicherheit und die Effekte so weitgehend sind, sehe ich nur sehr kritisch.



Noah Hartwich (21)

hat an der Hochschule RheinMain Financial Services B.Sc. studiert und arbeitet jetzt als Portfoliomanager bei einer großen deutschen Versicherung. Zuzüglich ist er Geschäftsführer eines kleinen mittelständischen Unternehmens und bei den JuLis Wiesbaden aktiv.

Fahrplan Zukunft

Kaum jemand steht in Deutschland für das Motto „In dubio pro libertate“ wie wir Liberale – doch wer sich mit dem kürzlich publizierten Präsidiumspapier zur Verkehrspolitik befasst und nach wahrlich freiheitlichen Inhalten sucht, muss zunächst schlucken. Verwundert liest man: „Kommunen, Länder und Europäische Union müssen sich zum Automobil bekennen“.

Da fragt man sich, ob es noch zeitgemäß oder gar angemessen ist, dies zum jetzigen Zeitpunkt zu fordern. Alles auf eine Karte – dem Auto – setzen, ist das noch liberal?

Das soll nicht heißen, dass es sich um ein gänzlich schlechtes Papier handelt. Aber ich kann mich auch an Zeiten erinnern, in denen wir Liberale ausgefeiltere Beschlüsse getroffen haben. Ein Kommentar.

Es stimmt, dass der unbeugsame Wegfall von Parkplätzen in neu geschaffenen Fahrradstraßen der lokalen Wirtschaft wahrlich keinen Gefallen tut – gerade in Hessens Großstädten haben wir zahlreiche Paradebeispiele dafür. Und trotzdem sollte man sich da nicht an der Problematik festfahren. Die Wirtschaft hat signifikante strukturelle Herausforderungen vor der Brust, die politisch angegangen werden müssen. Da ist die stumpfe Forderung von einem Auto-Bekenntnis zu kurzsichtig und schlichtweg falsch.

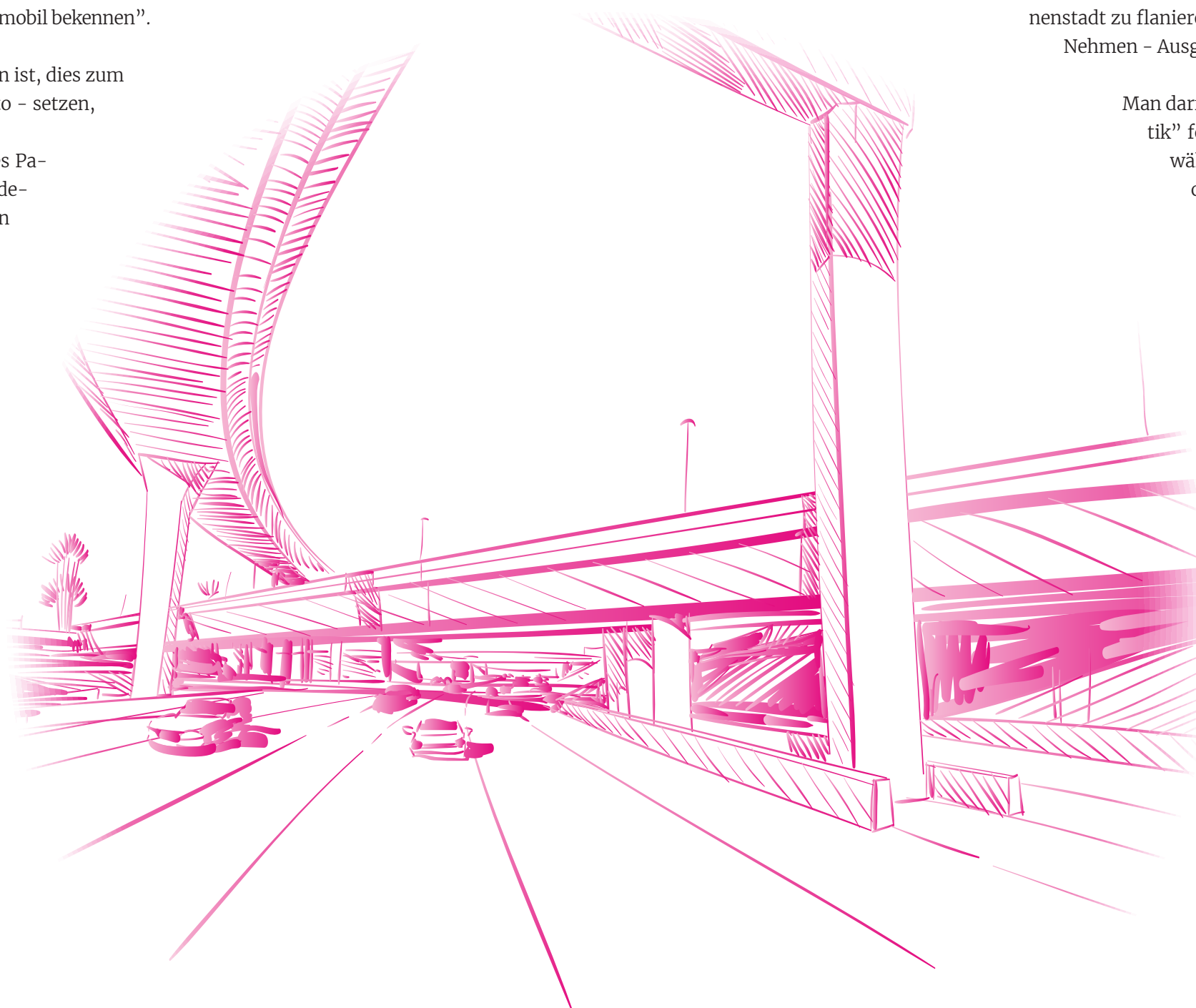
Was gibt es freiheitlicheres und liberaleres als eine integrierte Verkehrspolitik, in der jeder mündige Bürger für sich entscheidet, welches Verkehrsmittel in seiner Situation am besten passt? Anstatt zum Auto müssten wir uns zu einem integrierten Gesamtkonzept bekennen, das auch das Automobil beinhaltet. Das Auto aus den Innenstädten zu verbieten, können wir nicht gutheißen – warum sollten wir dann aber bei der Einschränkung von neuen Lastenradstellplätzen oder der Errichtung von Fußgängerzonen anders handeln? Wenn wir möglichst viele Menschen erreichen und die Wahlfreiheit des Fortbewegungsmittels fördern wollen, muss

Eine Politik für das Auto oder Fehlzündung des Liberalismus?

stets an alle Verkehrsteilnehmer gedacht werden. Da kann es ggf. im „cas par cas“ auch angemessen sein, bestimmte Straßen für den allgemeinen PKW-Verkehr einzuschränken – wenn das so für Bewohner und Gewerbetreibende Sinn ergibt. Wer in den Genuss kam, in Barcelonas Innenstadt zu flanieren, kann diesem Punkt nur zustimmen. Es ist ein Geben und ein Nehmen – Ausgleich und Besonnenheit ist das Gebot der Stunde.

Man darf aber nicht pauschalisieren und eine generelle „Pro-Auto-Politik“ fordern. Je nach Ort, Lage, Wetter, Verkehrslage oder Tageszeit, wählen die Menschen die Verkehrsmittel, die sie souverän und sicher von A nach B bringen. Hierfür muss jegliche Infrastruktur gut ausgebaut sein, damit die Entscheidung des Verkehrsmittels nicht von Zuverlässigkeit oder gar Staatswillen abhängt.

Und zu diesem sicheren Nebeneinander gehören nun mal alle Verkehrsmittel – von guten Fußwegen bis hin zur Schiene über Fahrradwege und Autobahnen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Einen Kulturkampf als aussichtslose Wahlkampfakt mit kurzgedachten Ideen auf Kosten unserer liberalen Werte anzustiften, darf nicht unser Anspruch sein. Wenn wir im kommenden Jahr stark in Berlin vertreten sein wollen, müssen wir uns noch deutlich steigern.



Florian Mahmud (20)

ist Student der angewandten Politikwissenschaft in Freiburg im Breisgau und Aix-en-Provence. 2021 ist er der FDP sowie den JuLis im Main-Taunus-Kreis beigetreten.

HESSISCHE PROGRAMMATIK

Wir Liberalen haben ein Problem

Wir wollen keine Schulden machen oder Steuern erhöhen und dabei aber mehr investieren.

Das geht nur wenn wir weniger ausgeben.

So weit so Konsens.

Aber sobald wir auf Landes- und Bundeskongressen diskutieren, fallen uns meistens vor allem neue Aufgaben und Ausgaben ein. Aber Ideen welche Stellen man abschaffen oder welche Ausgaben man kürzen kann, wird es hitzig. Dabei hat sich in der Vergangenheit meistens die Seite durchgesetzt, die im Klein-Klein mehr Aufgaben übernehmen will.

Das haben wir auf den letzten beiden Landeskongressen anders gemacht. Dabei haben wir viel diskutiert, uns weitgehende Beschlüsse abgerungen und ich bin stolz auf uns! Wenn Stand letzten Jahres rund 12% aller Erwerbstätigen im Staatsdienst sind, dann läuft etwas schief. Wir haben deswegen konkrete Vorschläge gemacht, wo wir weniger Beschäftigte im Staatsdienst haben wollen.

Auf Landesebene wollen wir die Stelle des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten abschaffen, das Ministerium für Wirtschaft- und Verkehr mit dem Umweltministerium sowie das Kultusministerium mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur zusammenlegen, um schon mal auf politischer Ebene Geld für Diäten, Gehälter und Pensionen zu sparen.

Passend dazu wollen wir auch die Zahl, der in den Landesministerien beschäftigten, auf das Niveau von 2013 reduzieren. Denn seit der letzten schwarzgelben Regierung Hessens sind kaum neue Aufgaben aber enorm viele neue Mitarbeiter in die Ministerien gekommen. Aber unsere Reformpläne halten auf Landesebene nicht an. Nein, wir wollen auch auf Bundesebene vieles verändern.

Mit der Einsparung von 5 Bundesministerien geht es da schnell weiter. Denn hinter BMEL, BMFSFJ, BMUV, BMZ und BMWSB versteckt sich nicht nur Buchstabensalat, sondern auch Ausgaben in Milliardenhöhe (ca. 41 Milliarden Euro 2024). Das wir nicht die vollen 41 Mrd. Euro einsparen können und wollen, ist dabei klar. Wir wollen aber auch hier erstmal das Geld für Minister und ihren Stab sparen. Gerade wenn man Pensionen, Dienstwagen und ähnliches mit einpreist, kommt allein dabei schon eine ganz schöne Menge zusammen.

Darüber hinaus können dadurch aber auch auf Arbeitsebene Synergien geschaffen und Personal gespart werden. Wenn zum Beispiel in Zukunft Außenpolitik und Entwicklungshilfe aus einer Hand gemacht werden, können sich widerstrebende Anstrengungen des deutschen Staates gestoppt und dadurch Geld gespart werden. Das zieht sich durch alle Ministerien durch und betrifft auch Ministerien, wie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Hinter diesem langen Namen verbirgt sich eine kurze Liste von Zuständigkeiten.

Darüber hinaus wollen wir die Rolle der parlamentarischen Staatssekretäre abschaffen. Der Gedanke ein Verbindungsglied zwischen Bundesministerien und Bundestag zu haben, ist sicherlich erstmal sinnvoll, aber heute sind anders als vielleicht mal angedacht alle Bundesminister auch Mitglied des Deutschen Bundestages. Die parlamentarischen Staatssekretäre erfüllen deswegen ihren Zweck einer Brücke zwischen Exekutive und Legislative nicht mehr. Sie bieten den Bundesministern also nur noch eine Verteidigungslinie, bevor sie sich selbst vor

FÜR DEN BUND

den Vertretern des deutschen Volkes verantworten müssen. Dabei kosten sie fast doppelt so viel wie ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Sie abzuschaffen spart uns also nicht nur unfassbar viel Geld, sondern stärkt demokratische Prozesse ganz ohne "Demokratieförderungsgesetz". Wir wollen damit und darüber hinaus viel ins Bundestagswahlprogramm erst der Jungen Liberalen und dann der Freien De-

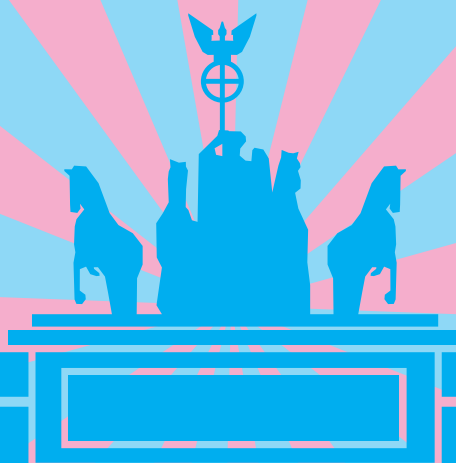
mokraten auf Bundesebene tragen. Daran arbeiten Caroline Scherb und ich aus dem Programmatikteam jetzt schon in den ersten Runden.

Wenn Du noch ein Thema hast, das Dir am Herzen liegt, dann schreib mir gerne per Mail und wir schauen, ob wir es inhaltlich unterbekommen.



Yves Roth (19)
ist Student der Mathematik in Frankfurt und Landesprogrammatiker der JuLis Hessen.
Ihr erreicht ihn unter: yves.roth@julis.de

UNSERE JULI BUNDESTAGS KANDIDATEN



VIOLA GEBEK
DARMSTADT, SPITZENKANDIDATIN

Wer bist du?

Mein Name ist Viola Gebek und ich bin 25 Jahre alt. Ich habe Wirtschaftspsychologie sowie Nachhaltigkeit, Marketing und Führung studiert und arbeite nun als Associate Brand Managerin im Marketing eines internationalen Unternehmens

Wo kandidierst du?

Ich kandidiere im Wahlkreis 185 in meiner Wahlheimat Darmstadt. Darüber hinaus gehören auch einige umliegende Gemeinden des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu meinem Wahlkreis dazu. Während meines Studiums habe ich Darmstadt und die Region kennen und lieben gelernt und möchte für die Bürger hier und in ganz Hessen einen Unterschied machen!

Was wolltest du als Kind werden?

So einiges...ich kann mich für sehr vieles begeistern und probiere gerne Neues aus, deshalb gingen meine Vorstellungen auch weit auseinander – von der Journalistin, Schauspielerin, Lehrerin bis hin zur Architektin.

Warum möchtest du in den Bundestag und was möchtest du verändern?

Ich möchte die liberale Stimme junger Menschen im Bundestag sein. Viel zu oft habe ich das Gefühl, dass Themen junger Menschen hinten runterfallen, ob das bei der Rentenreform ist oder bei wiederkehrenden Diskussionen um die Schuldenbremse. Unsere Perspektive soll auch gesehen und unsere Forderungen gehört werden! Ich kandidiere aber auch für die Universitätsstadt Darmstadt mit all ihren Studenten. Ich möchte mich für echte Aufstiegschancen stark machen, dass jeder durch Bildung und eigene Arbeit sozial aufsteigen kann!

Was bringt dich auf die Palme?

Was mich auf die Palme bringt, sind Ignoranz und Intoleranz. Unabhängig von den eigenen Überzeugungen oder Werten ist es essentiell, anderen zuzuhören, ihre Meinungen zu respektieren und offen für neue Perspektiven und Erfahrungen zu sein. Was ich zudem bedauerlich finde, ist eine weitverbreitete Negativität und Pessimismus. Ich bin überzeugt, dass eine positive Einstellung nicht nur ansteckend ist, sondern auch entscheidend dafür, neue Wege zu entdecken und wertvolle Erkenntnisse zu gewinnen. Nur wer bereit ist, sich auf Neues einzulassen, kann wirklich vorankommen.

Was bedeutet Freiheit für dich?

Frei zu sein, in meinen Entscheidungen, meinem Handeln, meiner Lebensweise. Mir meinen Lebensweg selbst auszusuchen und durch meine eigene Leistung aufsteigen zu können, ohne dass mir jemand (der Staat) dazwischenfunkt. Mich schlichtweg selbst verwirklichen zu können.

In welchen Ausschüssen würdest du die FDP am liebsten vertreten wollen?

Im Bildungsausschuss, im Ausschuss Arbeit und Soziales oder dem Familien, Senioren, Frauen und Jugendausschuss.

Was ist deine wichtigste politische Forderung, die du umsetzen möchtest?

Endlich Aufstiegschancen schaffen! Weltbeste Bildung für jeden einzelnen Schüler und die Möglichkeit, durch Bildung und eigene Leistung aufzusteigen. Zu Chancen- und Leistungsgerechtigkeit gehört für mich auch die Generationengerechtigkeit. Wir brauchen endlich eine echte Rentenreform – nicht auf Lasten unserer Generation – sondern eine mutige Reform mit einer individuellen, kapitalgedeckten Aktienrente, sodass wir eine ausreichende Rente für jeden Einzelnen sicherstellen und den Haushalt langfristig entlasten können, um Spielraum für Investitionen und individuelle Entlastungen zu gewinnen.



ALEXANDER KELLER

MARBURG-BIEDENKOPF

Wer bist du?

Mein Name ist Alexander Keller, ich bin 23 Jahre alt und auf der Zielgeraden meines Studiums der Politikwissenschaften.

Wo kandidierst du?

Ich kandidiere für die Freien Demokraten in Wahlkreis 170 im wunderschönen Marburg-Biedenkopf. Wohnhaft bin ich zurzeit in Marburg und freue mich daher meine Stadt und den Landkreis bei der Bundestagswahl vertreten zu können.

Was wolltest du als Kind werden?

Als kleiner Junge habe ich – wie viele – davon geträumt, eines Tages Fußballer zu werden. Der Fußball war lange meine Leidenschaft und ich hatte das Glück, es relativ weit zu schaffen. Bis ganz nach oben hat es leider nicht gereicht, darüber bin ich heute aber nicht mehr traurig. Während des Abiturs und in der Zeit danach habe ich länger mit dem Gedanken gespielt, der Bundeswehr beizutreten. Wenn es dazu gekommen wäre, hätte ich mir gewünscht Elitesoldat bei den Kampfschwimmern zu werden. Während Beratungsgesprächen an meiner damaligen Schule wurde leider klar, dass daraus aufgrund meiner Diabetes-Erkrankung nichts wird.

Warum möchtest du in den Bundestag und was möchtest du verändern?

Ich möchte in den Bundestag, weil ich mir sicher bin, dass ich dort die Dinge in die richtige Richtung lenken kann. Ich möchte für meine Ideen eintreten und dieses Land und meinen Landkreis voranbringen.

Was bringt dich auf die Palme?

Ignoranz und Engstirnigkeit. Ich finde es sehr schade, wenn man sich selbst im Weg steht und nicht offen für neue Perspektiven oder Ansätze ist. Wir können so viel voneinander lernen, doch das geht nur durch gegenseitiges Zuhören. Uns muss nicht alles des Gegenübers gefallen, jedoch schadet es auch nicht, mal den Blick über den Tellerrand hinaus zu werfen.

Was bedeutet Freiheit für dich?

Freiheit bedeutet für mich, mein Leben nach den Parametern zu gestalten, die mir am besten gefallen. Leben und leben lassen wird bei mir groß geschrieben.

In welchen Ausschüssen würdest du die FDP am liebsten vertreten wollen?

Ich würde gerne in den Verteidigungsausschuss, den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

Was ist deine wichtigste politische Forderung, die du umsetzen möchtest?

Für meinen Hund und mich eindeutig: Hundesteuer abschaffen!



JAN TERBORG

KASSEL

Wer bist du?

Hi! Ich bin Jan Terborg, 30 Jahre jung und IT-Projektleiter sowie Honorar Dozent. Als studierter Wirtschaftspsychologe (M.Sc.) und -Informatiker (B.Sc.) sowie als gelernter Fachinformatiker für Systemintegration habe ich mich in meiner Beruflichen Laufbahn intensiv und aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem Thema Digitalisierung auseinandergesetzt.

Wo kandidierst du?

Ich kandidiere in meiner Heimat, im Wahlkreis 168 Kassel. Dabei darf ich mich neben der Stadt Kassel auch für die Städte und Gemeinden Ahnatal, Espenau, Fuldaabrück, Fuldata, Helsa, Kaufungen, Lohfelden, Nieste, Niestetal, Söhrwald und Vellmar aus dem Landkreis Kassel einsetzen.

Was wolltest du als Kind werden?

Mein Traumberuf war es, Testfahrer neuer Autos und Prototypen auf einer Teststrecke zu sein.

Warum möchtest du in den Bundestag und was möchtest du verändern?

Was mich antreibt, ist der Wunsch, nicht nur zuzuhören, sondern auch die Themen und Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und gemeinsam mit ihnen Lösungen zu entwickeln. Politik darf nicht losgelöst vom Alltag der Bürger stattfinden und das ist aus meiner Sicht in den letzten Jahren nicht ideal verlaufen. Ich möchte Brücken bauen und dafür sorgen, dass Politik wieder greifbarer und verständlicher wird. Dafür möchte ich in den Bundestag.

Was bringt dich auf die Palme?

Ideologische Entscheidungen.

Was bedeutet Freiheit für dich?

Freiheit bedeutet für mich in erster Linie die Möglichkeit, sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten. Es geht um individuelle Rechte und Freiheiten wie Meinungs-, Presse-, Religions- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf Selbstbestimmung. Wichtig ist hierbei das Gleichgewicht zwischen individueller Freiheit und dem Schutz der Gemeinschaft.

In welchen Ausschüssen würdest du die FDP am liebsten vertreten wollen?

Digitales, Sport und Verkehr.

Was ist deine wichtigste politische Forderung, die du umsetzen möchtest?

Wir müssen attraktiver für Fachkräfte aus dem Ausland werden und dafür brauchen wir weitere Steuersenkungen, bezahlbaren Wohnraum und digitale Ämter.



LUCAS SCHWALBACH
WIESBADEN

Wer bist du?

Lucas Schwalbach, 32 Jahre, Jurist und Stadtverordneter in Wiesbaden.

Wo kandidierst du?

Ich kandidiere im Wahlkreis 178 in Wiesbaden.

Was wolltest du als Kind werden?

Als Kind wollte ich Dinge erfinden, um tägliche Aufgaben zu vereinfachen und damit Probleme zu lösen. Aus dem Berufswunsch „Erfinder“ ist zwar nichts geworden, aber das Lösen von Problemen beschäftigt mich immer noch.

Warum möchtest du in den Bundestag und was möchtest du verändern?

Deutschland braucht Reformen, um wieder auf die Spur zu kommen. Bei uns leben so viele Menschen, die Lust haben, etwas zu leisten, man muss sie nur lassen. Neben vielen kleinen und großen Reformen braucht es vor allem einen gesellschaftlichen Konsens, dass Reformen notwendig sind. Daran möchte ich mitarbeiten.

Was bringt dich auf die Palme?

So schnell bringt mich nichts auf die Palme. Was ich aber zur Zeit wirklich nicht verstehen kann und worüber ich mich bei jeder zweiten Talkshow aufregen könnte, ist die Verklärung, mit der viele momentan Sahra Wagenknecht begegnen – vollkommen unverständlich!

Was bedeutet Freiheit für dich?

Freiheit bedeutet für mich, mein Leben nach meinen eigenen Wertvorstellungen und Zielen gestalten zu können, ohne von Dritten und ohne triftigen Grund eingeschränkt zu werden.

In welchen Ausschüssen würdest du die FDP am liebsten vertreten wollen?

Der Wirtschaftsausschuss sowie der Ausschuss für Inneres und Heimat sowie der Verteidigungsausschuss sind derzeit sicherlich die spannendsten Handlungsfelder.

Was ist deine wichtigste politische Forderung, die du umsetzen möchtest?

Ich möchte eine Debatte über eine Staatsstrukturreform anstoßen. Dabei soll es darum gehen, wie wir die staatliche Verwaltung so aufstellen können, dass sie mit dem Tempo und der Komplexität das 21. Jahrhunderts mithalten kann. Das klingt nicht besonders spannend, aber der Staat schafft es im Moment kaum, politische Forderungen und Beschlüsse umzusetzen. Eine grundlegende Reform wäre damit ein echtes Jahrhundertprojekt und die Voraussetzung, um all die anderen politischen Vorhaben überhaupt in Gang zu bringen.

LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN

– JUNGE KANDIDATEN BRAUCHT DER BUNDESTAG



Vor wenigen Wochen habe ich einen Artikel über Ricarda Lang und Kevin Kühnert zugeschickt bekommen. Es ging um die Frage, ob es eine fähige junge Generation Politiker geben kann, wenn diese keine Jahrzehnte der Berufserfahrung vorweisen kann. Der Artikel entzündete eine WhatsApp-Debatte. Was braucht es eigentlich, um ein guter Bundestagsabgeordneter zu sein? Der Verlauf der Debatte hinterließ mich jedoch sprachlos. Natürlich kann man über die Qualifikation Einzelner immer streiten, das Schockierende der Debatte war jedoch ein Gesamturteil, dass eine ganze Gruppe älterer Liberaler zum Ausdruck brachte: junge Menschen hätten in der Politik nicht viel verloren. Sie wissen nicht worum es im Leben ginge, sie hätten keine Lebenserfahrung und kein Gespür für die Probleme der Menschen. Das hat mich motiviert hier mal etwas grundsätzlicher zu werden. Ich glaube nämlich das Gegenteil ist der Fall. Junge Menschen braucht unsere Partei, junge Menschen braucht die Gesellschaft und junge Menschen braucht die Politik. Die Teilnehmer der Debatte sind mir noch nicht als Leistungsträger innerhalb der Partei aufgefallen. Keine öffentlichen Ämter, keine Veranstaltungsorganisation, keine inhaltlichen Anträge (gegebenenfalls wird nur mal über den Status quo lamentiert), keine Mitgliederwerbung, kein aktiver Wahlkampf. Besserwisserei alleine ist keine Leistung.

Wenn ich mir die letzten Jahre genauer anschau, muss man klar feststellen: Es sind junge Menschen, die sich in unserer Partei in besonderen Maßen einsetzen. Die Modernisierung der Programmatik, die Organisation und vor allem Umsetzung von Wahlkämpfen, das Werben von Mitgliedern und der öffentliche Auftritt in modernen Medien: Das alles machen Junge Liberale und junge FDPler. Sie alle erbringen die Leistung, die notwendig ist, um den organisierten Liberalismus am funktionieren zu halten. Sie sitzen nicht auf Ämtern, sie ruhen sich nicht auf den richtigen Begleitumständen von Wohnort und Amtszeit aus. Sie sind nah am Bürger, hören den Menschen zu, engagieren sich vor Ort und sind die Herzkammer von uns Liberalen. Sie leisten etwas.

Wir Liberalen sind die Interessenvertretung all derer, die an ihre eigene Leistung glauben. Die das Beste aus ihrem Leben machen wollen. Die an Freiheit, aber auch an die Verantwortung gegenüber anderen und der Gesellschaft glauben. Wir fordern Leistung ein und fördern diese auch. Im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl müssen auch wir dieses Leistungsprinzip bei uns selbst anlegen. Leistung ist nichts einmaliges, es ist nicht etwas, das man mal nachweisen muss. Wir haben das Recht, die beste Leistung von all denen einzufordern, die ein Amt anstreben. Wir haben die Pflicht, diese Leistung regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Nur dann bekommen wir die echten Leistungsträger auch in die Parlamente.

Junge Menschen braucht der Bundestag, weil oft genau sie es sind, die die Leistung innerhalb unseres politischen Systems erbringen. Wir Junge Liberale haben starke Kandidatinnen und Kandidaten, die in den letzten Jahren bewiesen haben, dass ohne sie vieles nicht mehr funktionieren würde. Die die Leistung erbringen, die eine starke liberale Partei braucht. Genau diese Leistungsträger braucht der Deutsche Bundestag. Wir freuen uns auf Eure Unterstützung dabei.

von Tim Hordorff

BACK TO BASICS:

POSITIVE FREIHEIT UND UNSER SOZIALLIBERALER URSPRUNG: EIN BLICK AUF DIE ANDERE SEITE DES LIBERALISMUS

Da in meinem letzten Text die Beleuchtung der negativen Freiheit deutlich mehr Platz eingenommen hat, als die der positiven Freiheit, möchte ich dem Wunsch nachgehen durch diese Beleuchtung, den positiven Freiheitsbegriff innerhalb der innerparteilichen Strömungen nicht zu vernachlässigen und schon gar nicht in ein schlechteres Licht zu rücken, als den negativen Freiheitsbegriff.

Also... Positive Freiheit: The stage is yours.

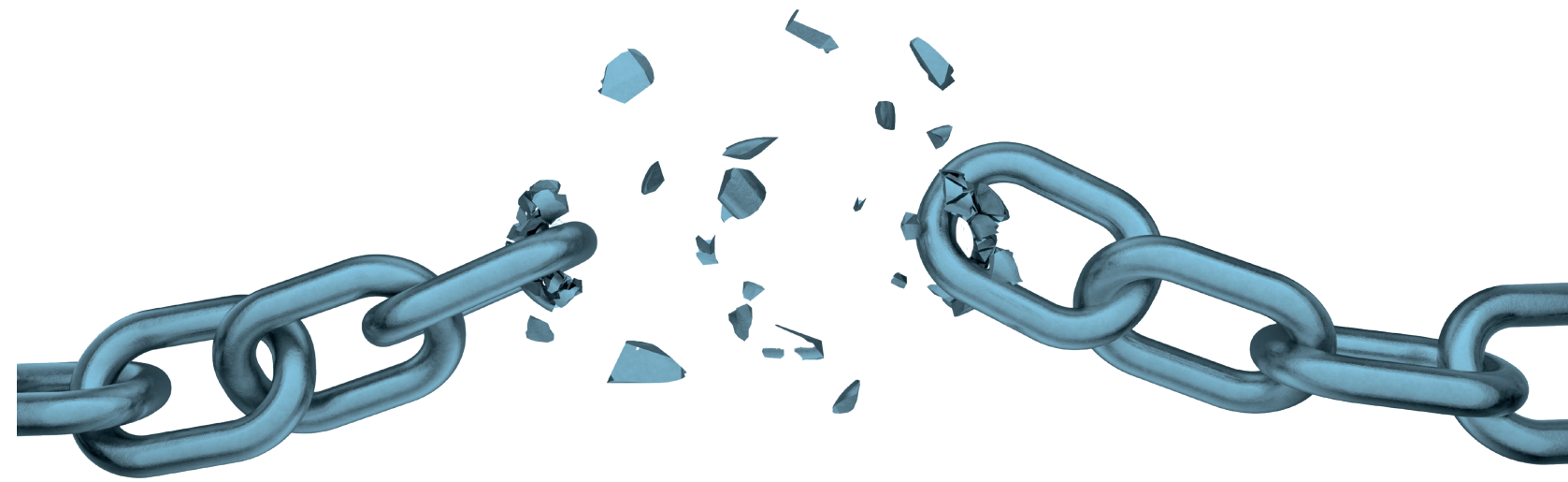
Freiheit ist natürlich nicht nur ein Naturrecht, sondern auch ein zentrales Anliegen vieler politischer Denker in unseren Reihen. Im Gegensatz zur negativen Freiheit, die oftmals im Mittelpunkt unserer Diskussionen steht, gibt es das Pendant: die Idee der positiven Freiheit. Dieser Ansatz spielt eine bedeutende Rolle in der sozialliberalen Tradition, die ebenfalls tief in unserer Geschichte und Programmatik verwurzelt ist. Während negative Freiheit häufig als das Recht verstanden wird, in Ruhe gelassen zu werden und ohne äußere Zwänge zu leben, geht es bei der positiven Freiheit um etwas anderes: und zwar um die zusätzliche Möglichkeit, das eigene Potenzial zu entfalten und ein erfülltes Leben zu führen. Dieser Gedanke ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialliberalen Strömung in unserer Mutterpartei.

Dann fangen wir mal gleichberechtigt auch am Anfang an, was bedeutet positive Freiheit denn nochmal?

Positive Freiheit bezieht sich auf die Fähigkeit eines Individuums, aktiv und selbstbestimmt zu handeln, und zwar nicht nur durch das Fehlen von äußeren Zwängen, sondern durch die Existenz von realen Möglichkeiten und Ressourcen. Das

bedeutet, dass Freiheit nicht nur durch das Nichtvorhandensein von Barrieren definiert wird, sondern auch durch die Fähigkeit, das zu tun, was man möchte und zu dem man individuell fähig ist. Positive Freiheit erfordert daher oftmals eher die Unterstützung durch staatliche Maßnahmen, um sicherzustellen, dass alle Menschen einen Zugang zu den notwendigen Mitteln und Ressourcen erhalten, damit sie ihre Ziele erreichen können. Es geht darum, Menschen nicht nur vor Zwang zu schützen, sondern ihnen auch die Werkzeuge zu geben, die sie benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. In der politischen Praxis sollte positive Freiheit im Idealfall bedeuten, dass der Staat eine aktive Rolle spielen kann, um Chancengleichheit zu fördern und Menschen dabei zu helfen, ihr individuelles Potenzial zu entfalten.

Dies schließt Maßnahmen ein, die darauf abzielen, soziale Ungleichheiten zu verringern, wie etwa Bildungsreformen, Zugang zu Gesundheitsversorgung oder soziale Sicherheitsnetze. Dies sind vernünftige Ziele und Forderungen, die zu recht den sozialliberalen Teil unserer Programmatik und Partei prägen. In der politischen Praxis jedoch erleben wir immer wieder eine, durch die politische Linke forcierte Perversion des Freiheitsbegriffes – die staatlich verordnete Freiheit von Sorgen. Mit diesem Verständnis von Freiheit wird jede staatliche Intervention zur Notwendigkeit, um dem eigentlichen Ideal der schlichten Gleichheit näher zu kommen. Damit kann der positive Freiheitsbegriff von eigentlichen Freiheitsfeinden einfacher missbraucht werden, als es mit dem Begriff der negativen Freiheit möglich ist.



Aber welche Vertreter sind denn in der FDP bekannt für ihren sozialliberalen Ansatz?

Die Freien Demokraten bewegen sich historisch schon immer sowohl in der Tradition des klassischen Liberalismus als auch in der des Sozialliberalismus. Während die FDP heute oft als Verfechterin der negativen Freiheit wahrgenommen wird, spielte der sozialliberale Flügel ebenfalls schon immer eine entscheidende Rolle in ihrer Geschichte. Dieser Flügel betonte die Bedeutung positiver Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Und das ganz ohne den positiven Freiheitsbegriff dafür zu nutzen nach unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen zu fordern.

Zu den wohl prominentesten Vertretern des sozialliberalen Denkens in unserer Partei gehört unter anderem der ehemalige Außenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher. Genscher setzte sich für eine Politik ein, die den sozialen Zusammenhalt stärkte und sicherstellte, dass Freiheit für alle zugänglich war, nicht nur für die Wohlhabenden. Der Sozialliberalismus, wie er von Genscher und anderen verstanden wurde, sah Freiheit immer im Kontext der Gesellschaft. Freiheit bedeutete nicht nur das Recht, ungestört zu bleiben, sondern auch die Verantwortung, sicherzustellen, dass jeder die Möglichkeit haben sollte, diese Freiheit zu nutzen.

Warum positive Freiheit auch noch heute in unserer Programmatik wichtig ist

Es lässt sich wohl nicht leugnen, dass mein liberales Herz für die Idee des negativen Freiheitsbegriffes brennt. Was sich jedoch auch nicht leugnen lässt ist, dass in einer modernen Gesellschaft, in der soziale Ungleichheiten und Barrieren oft tief verwurzelt und beobachtbar sind, der Gedanke der posi-

tiven Freiheit von großer Bedeutung ist. Und auch die FDP hat in ihrer sozialliberalen Tradition erkannt, dass Freiheit ohne Chancengleichheit oft nur eine Illusion ist. Positive Freiheit ist notwendig, um sicherzustellen, dass jeder Mensch in der Lage ist, sein volles Potenzial zu entfalten, unabhängig von seiner sozialen oder wirtschaftlichen Ausgangslage.

Die Idee der positiven Freiheit fordert uns regelmäßig auf, nicht nur über die Abwesenheit von Zwang nachzudenken und diesen Gedanken zu verherrlichen, sondern auch darüber, wie wir als Gesellschaft sicherstellen können, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, ein freies und erfülltes Leben zu führen. Der Staat hat dabei die Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen ermöglichen, erfolgreich zu sein, sei es durch Bildung, Gesundheitsversorgung oder soziale Absicherung. Wir dürfen jedoch auch nicht die Debatte vor der automatischen positiven Konnotation des positiven Freiheitsbegriffes und der damit einhergehenden Instrumentalisierung der politischen Linken scheuen.



Caroline Scherb (24)

ist Beisitzerin im Landesvorstand für Programmatik und Studentin der Politikwissenschaft in Frankfurt, aus Egelsbach.

Ihr erreicht sie unter: caroline.scherb@julius.de

GET TO KNOW:

UNSERE BEZIRKE

Wie auch in der vorherigen Ausgabe, wollen wir euch in diesem Format unsere fünf Bezirke in Hessen näher bringen, welche sich analog zu den FDP-Bezirken aufteilen. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit den Bezirken Kurhessen, Mittelhessen, Rhein-Main. Schau gerne in die letzte Ausgabe des YouLi, wenn du etwas über die Bezirke Südhessen-Starkenburg und Westhessen-Nassau herausfinden möchtest.

BEZIRKSVERBAND KURHESSEN



Persönliches zum Vorsitzenden

Leon Hamm, 21 Jahre alt.

Er studiert an der Staatlichen Technikakademie Alsfeld (Fachschule für Bau-technik) und ist im Nebenjob als Bar-tender in einer Kneipe in Fulda tätig. Er ist Kreisvorsitzender der Junge Liberale Fulda, Beisitzer im Bezirksvorstand FDP und stellv. Wahlkreisvorsitzender. Sein politischer Schwerpunkt liegt in der Bau-, Wirtschafts- und Energiepolitik.

Bezirksverband

Der Bezirksverband Kurhessen gehört zu den geografisch vielfältigsten Bezirksverbänden in Hessen und umfasst sowohl ländliche Gemeinden als auch größere Städte. Während Städte wie Kassel und Fulda die industrielle Grundlage Nordhessens bilden, sind die ländlichen Regionen, darunter der Werra-Meißner-Kreis und der Landkreis Waldeck-Frankenberg, überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Dadurch tut sich ein gigantisches Potential auf, das Land mit liberaler, durchdachter Politik positiv zu gestalten. Weiterhin stärken

Das ist der kurhessische Vertreter im Landesvorstand



Leon Seiß, Neumitgliederbeauftragter und Beisitzer für Organisation

Wichtige Themen

Wichtige Themen sind die Entbürokratisierung und Liberalisierung von Vorschriften, vor allem im landwirtschaftlichen Themengebiet, und von Bauvorschriften, besonders hinsichtlich des Denkmalschutzes. Außerdem soll mehr Mut zu Innovationen für neue Konzepte im ÖPNV gewagt und die Verwaltung entschlinkt werden. Außerdem soll es mehr politischen Raum für wirtschaftliche Entfaltung geben.

Projekte

Zu den Projekten gehört unter anderem das neue Unterstützungsprogramm für die Kreisverbände, bei denen der Bezirk sie bei der Organisation sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unter-

stützt. Darüber hinaus bietet der Bezirk themenbezogene programmatische Veranstaltungen an, die speziell auf die Themen des Bezirksverbandes ausgerichtet sind.

Aktivitäten

Zu den Aktivitäten des Bezirksverbandes Kurhessen gehören unter anderem die Bezirkstouren, die während der Wahlkampfzeiten unternommen werden, sowie die Vernetzungstreffen innerhalb der Kreisverbände und zwischen dem Bezirksverband. Auch die Sommerfeste, die den Austausch der Verbände fördern, sind wichtige Bestandteile.

Kreis- und Regionalverbände

- RV Kassel
- KV Fulda
- KV Werra-Meißner
- KV Waldeck-Frankenberg
- KV Schwalm-Eder

KURHESSEN/ NORDHESSEN

MITTELHESSEN



BEZIRKSVERBAND MITTELHESSEN



Persönliches zum Vorsitzenden

Jonathan Franzke, 25 Jahre alt.

Er studiert an der Universität Marburg Data Science und ist Beisitzer im Ortsvorstand der FDP Marburg und im Kreisvorstand Marburg-Biedenkopf.

Bezirksverband

Der Bezirksverband Mittelhessen, mit seinen knapp 170 Mitgliedern, zeichnet sich durch eine hohe Dichte an aktiven und engagierten Jungen Liberalen aus. Als Heimat gleich dreier Hochschulstädte - Gießen, Marburg und Wetzlar - ist die Region eine Brutstätte für innovative Ideen und Fortschritt. Die enge Verzahnung von städtischen und ländlichen Räumen in Mittelhessen spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Verbandes wider. Die Vielfalt an Erfahrungen ermöglicht es dem Verband, die Interessen junger Menschen aus allen Bereichen der Region zu vertreten.

Wichtige Themen

Mittelhessen hat den Anspruch, die Programmatik des Landesverbandes durch gut ausgearbeitete und manchmal auch kontroverse Anträge zu bereichern.

Projekte

Bezirke werden häufig als starre bürokratische Strukturen wahrgenommen, die wenig Raum für aktive Mitgestaltung lassen. Daher ist es dem Verband sehr wichtig, diese Struktur mit Leben zu füllen und die Kreisverbände untereinander stärker zu vernetzen. Sie pflegen einen sehr offenen Mitgliederdialog und veranstalten alle Bezirksvorstandssitzungen mitgliederoffen und hybrid um so sicherzustellen, dass jedes Mitglied - von Basismitglied bis zum Landesvorstandsmitglied - aktiv an der Gestaltung des Bezirks mitarbeiten kann.

Aktivitäten

Neben den regelmäßigen Bezirksvorstandssitzungen veranstaltet der Verband ab diesem Jahr ein jährliches Bezirks-sommerfest, um die Vernetzung innerhalb des Bezirks- und Landesverbandes weiter zu stärken. Daneben wird ab kommenden Jahres ein Frühlingsempfang veranstaltet. Vor den Landeskongressen bereitet sich der Bezirk zudem gemeinsam programmatisch auf die zu behandelnden Anträge vor.

Kreisverbände

- KV Gießen
- KV Lahn-Dill
- KV Marburg-Biedenkopf
- KV Vogelsberg

Das sind die mittelhessischen Vertreter im Landesvorstand



Charlotte Büger (18), Beisitzerin für Organisation im LaVo, stellv. Vorsitzende der JuLis Lahn-Dill (beste Tennisspielerin der JuLis Mittelhessen)



Tom Kewald (20), Beisitzer für Organisation im LaVo, Schatzmeister der FDP Marburg-Biedenkopf (Steht regelmäßig in der SGE-Kurve und hält Pyrotechnik für kein Verbrechen)

GET TO KNOW:

UNSERE BEZIRKE

BEZIRKSVERBAND RHEIN-MAIN



Persönliches zum Vorsitzenden

Patrick Becker, 25 Jahre alt. Hat fünf Jahre lang ein duales Studium (Bachelor und Master) absolviert und vor etwa zwei Jahren mit seinem Master in Management abgeschlossen. Aktuell arbeitet er in Frankfurt in einer internationalen Bank im Bereich der Exportfinanzierung.

Bezirksverband

Mit knapp 700 Mitgliedern ist der Bezirksverband Rhein-Main der größte Bezirksverband im Landesverband Hessen und eine der größten Untergliederungen der Jungen Liberalen im gesamten Bundesgebiet. Neben der Europastadt Frankfurt am Main umfasst der Bezirk auch große Flächenkreise, was ihn insgesamt sehr groß und vielfältig macht. Außerdem findet

Projekte

Der Verband bringt sowohl durch die Organisation von Veranstaltungen, das Teilen von Veranstaltungshinweisen aus den Kreisen als auch durch gemeinsame programmatische Arbeit die Kreise und deren Mitglieder näher zusammen.

man im Bezirk einige Hochburgen für uns Liberale, was sich auch in der Mitgliederstärke sichtbar macht. Hier setzt sich der Bezirk Rhein-Main und dessen Kreisverbände weiterhin dafür ein, mehr junge Menschen für die liberale Sache zu begeistern.

Wichtige Themen

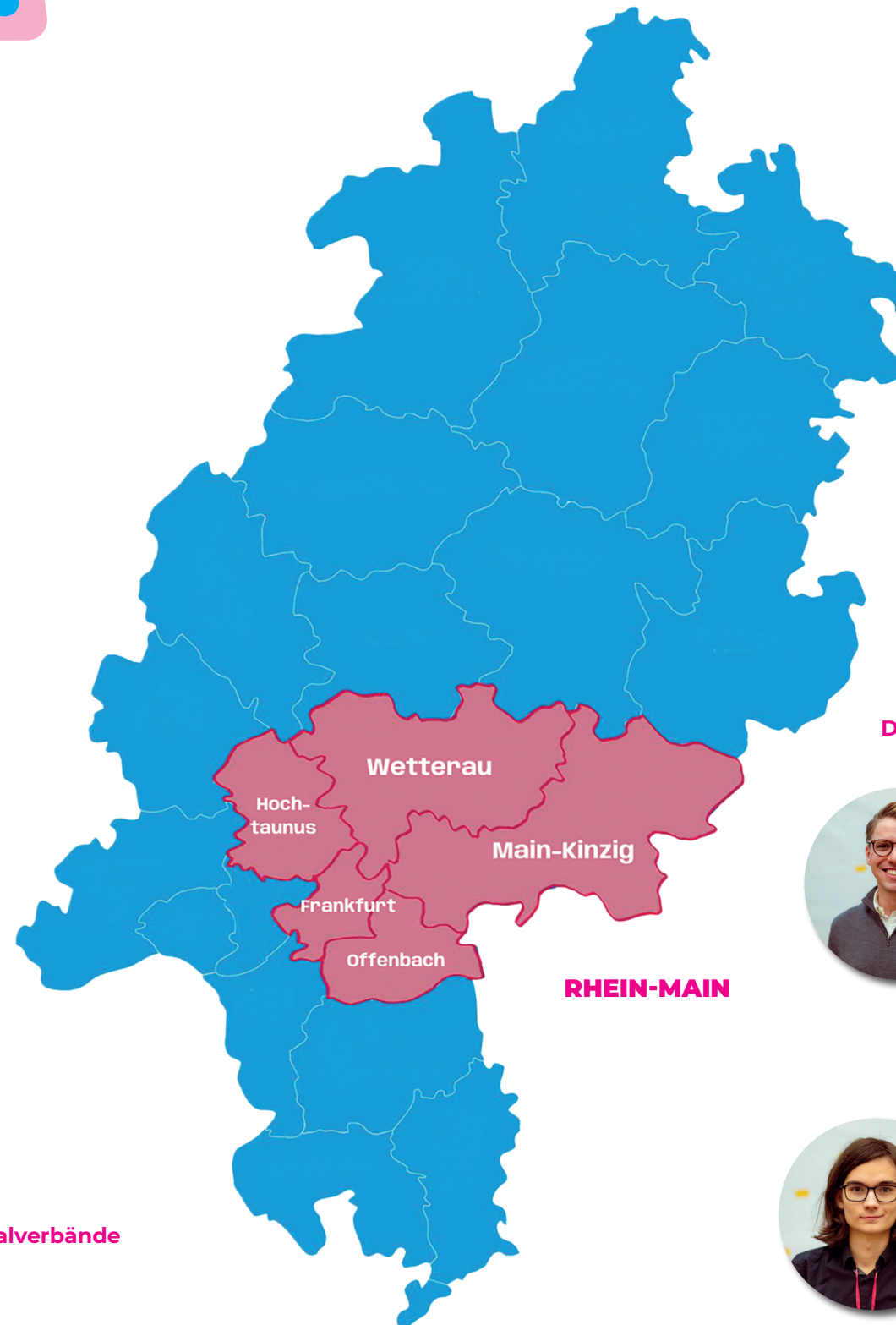
Für den Bezirk ist die Vernetzung zwischen den Kreisen wichtig.

Aktivitäten

Neben der jährlichen Mitgliederversammlung organisiert der Bezirk mindestens ein Sommerfest und eine Weihnachtsfeier, bzw. einen gemeinsamen Weihnachtsmarktbesuch. Dieses Jahr im November wird der Bezirk gemeinsam den Flughafen Frankfurt besuchen.

Kreis- und Regionalverbände

- KV Frankfurt
- RV Offenbach
- KV Wetterau
- KV Hochtaunus
- KV Main-Kinzig



Das sind die Vertreter aus Rhein-Main im Landesvorstand



Tim Hordorff –
Landesvorsitzender



Yves Roth –
Stellv. Landesvorsitzender für Programmatik



Julius Ulowetz –
Stellv. Landesvorsitzender für Finanzen



Caroline Scherb –
Beisitzerin für Programmatik

LAK REFORM

Unsere LAK-Reform - Das ändert sich für Dich!

Auf unserem letzten Landeskongress in Bad Nauheim haben wir einstimmig unsere Satzung geändert. Wir sind das System der Landesarbeitskreise (LAKs) angegangen, um mehr Effizienz zu ermöglichen und gleichzeitig Mitgliederbeteiligung zu stärken. Aber was genau ändert sich eigentlich für Dich?

Das erste und offensichtlichste ist, dass es nur noch einen Landesarbeitskreis gibt. Der arbeitet zwischen den Landeskongressen an einem Antrag zu einem Thema, das wir alle zusammen in einer Mitgliederbefragung bestimmen. Für die Umfrage wird ein Link nach dem Landeskongress rumgeschickt, also schau demnächst mal häufiger in Dein Postfach und beteilige Dich!

Wer den LAK leitet, bestimmen die Delegierten auf dem Landeskongress für ein Jahr und dann können wir alle mitarbeiten. Wir Mitglieder bestimmen, wie der Antrag aussehen soll, den wir dann alle zusammen beim nächsten Landeskongress beraten.

Soweit so gut. Leider schaffen wir es aber nicht immer, über alle Anträge zum LaKo zu debattieren und zu entscheiden. Deswegen haben wir auch noch die Sprecher geschaffen. Die sollen Anträge bewerten, damit die dann abgearbeitet wer-

den können und die Arbeit von vielen motivierten Mitgliedern nicht umsonst war.

Die Kreisvorsitzenden bestimmen dabei wie viele Sprecher es wofür gibt und wer das am Ende ist.

Aber auch mit dieser Reform gilt weiterhin: die Inhalte bestimmen alle Mitglieder!

Also ruf oder schreib einfach alle Menschen an, die für inhaltliche Arbeit zuständig sind und frag bei Deinem Kreisvorsitzenden oder unserem Landesprogrammatiker nach, wie Du Dich am besten einbringen kannst.

Wir wollen damit und darüber hinaus viel ins Bundestagswahlprogramm erst der Jungen Liberalen und dann der Freien Demokraten auf Bundesebene tragen. Daran arbeiten Caroline Scherb und Yves Roth aus dem Programmatikteam jetzt schon in den ersten Runden.

LIBERALE MEDIENEMPFEHLUNG

PODCAST-EMPFEHLUNG



Machtwechsel mit Dagmar Rosenfeld und Robin Alexander - WELT

Wenn ihr euch für die aktuellen politischen Entwicklungen und Machtspiele interessiert, solltet ihr unbedingt „Machtwechsel“ anhören. In diesem Podcast bieten euch die beiden Journalisten Analysen und spannende Einblicke in die wechselhaften Dynamiken der Politik. Mit ihrer Expertise und klaren Sichtweise beleuchten Rosenfeld und Alexander die wichtigsten Themen und Ereignisse, die unsere Welt bewegen. Ideal für alle, die sich fundiert und aktuell über politische Veränderungen informieren möchten.



The Pioneer Briefing

Wer täglich topaktuell informiert sein möchte, sollte unbedingt die tägliche Folge von „The Pioneer Briefing“ hören. Dieser Podcast bietet euch jeden Tag prägnante und aktuelle Updates zu den wichtigsten Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In kürzester Zeit erfahrt ihr alles, was ihr wissen müsst, um immer am Puls der Zeit zu bleiben. Wenn ihr auf der Suche nach einem verlässlichen Nachrichten-Update für euren Alltag seid, ist „The Pioneer Briefing“ eure tägliche Dosis an relevanten Informationen.

THE PODCAST!



Eine Stunde History

An alle Geschichtsinteressierten: wenn ihr eine Reise durch die Geschichte erleben möchtet, ist der Podcast „Eine Stunde History“ von Deutschlandfunk Nova genau das Richtige für euch. In jeder Episode taucht ihr tief in ein spezifisches historisches Thema ein, das unter Zuschalten von Experten fundiert und gleichzeitig unterhaltsam präsentiert wird. Von den großen Ereignissen der Weltgeschichte bis hin zu spannenden Einblicken in vergessene Taten.



NEUES AUS DER LHG

Liebe JuLis,

an Hessens Hochschulen ist zurzeit eine Menge los: Wir erleben eine Pro-Palästina-Demo mit einschlägigen Protest-camps nach der anderen, überall finden die Hochschulwahlen statt und dann kommt auch noch die neue Landesregierung mit Kürzungen in Höhe von rund 34 Millionen Euro für die Universitäten um die Ecke. Genug zu tun also für den neuen Landesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen, der im März ins Amt gewählt wurde. In diesem Bericht möchte ich euch, in Fortführung der guten Tradition meines Vorgängers, einen Überblick über die Aktivitäten in der LHG Hessen geben.

Nach der Landesmitgliederversammlung in Darmstadt, bei der wir uns über zahlreiche Delegierte und Gäste freuen durften, haben wir uns als neuer Landesvorstand schnell zu einer Klausurtagung zusammengefunden, in der wir unsere Ziele für das laufende Amtsjahr formuliert haben. Mit der Gründung eines Kassenvereins wollen wir die Finanzen des Verbandes professioneller regeln, aktuell liegen die Unterlagen im Gießener Amtsgericht – wir alle kennen ja die deutsche Bürokratie. Schnell und unkompliziert umzusetzen war dagegen der intensive Austausch mit der FDP-Landtagsfraktion, den wir in Person des Sprechers für Wissenschaft und Forschung, Dr. Matthias Bürger, seit einem Besuch im Landtag regelmäßig

pflegen. Der direkte Draht in den Landtag ist für uns besonders wertvoll, denn so haben wir aktuelle Entwicklungen, wie die genannten Finanzkürzungen für Universitäten, stets im Blick und können uns dazu positionieren.

Deshalb haben wir uns auch mit zahlreichen Pressemeldungen zu verschiedensten Themen geäußert, so etwa zum geplanten Genderverbot der Landesregierung, bei dem der Forschungsminister auf Anfrage der FDP-Fraktion letztlich einräumen musste, dass jegliche Ge- oder Verbote wohl der Forschungsfreiheit zuwiderlaufen würden. Für uns ist klar: es darf weder ein Verbot noch Zwang zur Gendersprache geben, Dozierende und Studierende sollten selbst frei und ohne Konsequenz in der Bewertung entscheiden dürfen, wie sie sich ausdrücken. Diese Position der Mitte und Vernunft ist im an den Unis tobenden Kulturkampf unser besonderes Alleinstellungsmerkmal. Auch zu den Pro-Palästina-Protesten haben wir uns eindeutig, teils gemeinsam mit den JuLis, geäußert und haben dabei auch in der medialen Berichterstattung (u.a. in einem Artikel der Hessenschau) Beachtung gefunden. Bei aller legitimen Kritik an Israels Vorgehen im Gaza-Streifen: Wer laut und offen „Yallah Intifada“ und „From the River to the Sea“ skandiert, disqualifiziert sich für jeden gesellschaftlichen Diskurs. Jede Form des Antisemitismus hat keinen Platz an hessischen Hochschulen. Schließlich haben wir uns, zusammen mit den JuLis Darmstadt, zur Zivilklausel positioniert, die leider immer wieder freie Forschung an Hessens Universitäten verhindert.

Bei der Bundesmitgliederversammlung im Juni in Osnabrück konnten wir uns mit einer starken hessischen Delegation präsentieren und haben drei Anträge eingereicht, die nicht nur sehr lebhaft Debatten hervorgerufen haben, sondern am Ende auch allesamt angenommen wurden. Thematisch ging es hierbei um das Verbot roter Hamas-Dreiecke, die Grundfinanzierung der Universitäten sowie die Qualität der Lehre. Im Juli waren wir zudem bei der Klausurtagung des erweiterten Bundesvorstandes in Gießen vertreten und tragen so aktiv zur Gestaltung des Bundesverbandes bei.

Ein besonderes Highlight im bisherigen Amtsjahr war der Besuch des Geldmuseums in Frankfurt am 30. Juni, den wir gemeinsam mit den LHG-Landesverbänden Rheinland-Pfalz, NRW und Niedersachsen durchgeführt haben.

Hierbei haben wir nicht nur einiges über die Geschichte und Zukunft des Geldes gelernt, sondern hatten auch die Möglichkeit zur intensiven Vernetzung und zum gemeinsamen Austausch. Der Abend klang dann gemütlich beim ein oder anderen Kaltgetränk am Mainufer aus.

Einige positive Dinge zum Schluss: an der EBS in Wiesbaden hat sich eine neue Ortsgruppe gegründet und trotz aller Herausforderungen haben die LHG's bei den Hochschulwahlen in Darmstadt, Marburg, Gießen und Frankfurt stabile Ergebnisse einfahren können, in drei Universitäten waren diese sogar zweistellig. Für das Wintersemester sind einige inhaltliche Veranstaltungen geplant, da halten wir euch natürlich auf dem Laufenden.

Bis dahin gilt wie immer: wenn ihr studiert oder ein Studium begonnen habt, schaut bei eurer örtlichen LHG vorbei. Wir brauchen immer Mitstreiterinnen und Mitstreiter, damit wir auch künftig die Stimme für die Freiheit an Hessens Universitäten sein können! Alle Gruppen sind sehr offen und freuen sich über Interessierte, die Mitgliedschaft ist kostenlos und ihr habt in der LHG eine prima Möglichkeit, euch an eurer Uni zu vernetzen und (erste) politische Erfahrungen in den Studierendenparlamenten zu sammeln. Uns gibt es aktuell in Marburg, Gießen, an der THM, Fulda, Frankfurt, Darmstadt sowie der EBS. In diesem Sinne: werde jetzt bei deiner LHG aktiv!

Bis dahin viele Grüße

Fabian Witzel



Florian Witzel (23)

studiert Politikwissenschaften im Master an der Uni Frankfurt. Er ist Landesvorsitzender der LHG Hessen und außerdem bei den JuLis Fulda im Vorstand aktiv.

Ihr erreicht ihn unter: witzel@lhg-hessen.de

BERICHT AUS DEM BUNDESVORSTAND

PSSSSST:

Liebe Mitglieder und Freunde der JuLis Hessen,

zwischen der politischen Begleitung der Haushaltsverhandlungen und Gesprächen über die Zukunft der Ampel, unserem nächsten Bundeskongress und zahlreichen Seminaren und dem Ausrollen des Updates unseres Mitgliederverwaltungssystems hat der Bundesvorstand immer gut zu tun. Aktuell hält uns vor allem ein Thema in Atem: Das Rentenpaket II.

Als Hubertus Heil und Christian Lindner im März vor die Presse traten und die Eckpunkte des Rentenpaket II vorstellten, da war für uns als Bundesvorstand sehr schnell klar: dieses Rentenpaket darf so nicht kommen. Eine sogenannte Haltelinie, die dafür sorgen soll, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent fällt – bezahlt von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Zukunft durch die größte Beitragssteigerung aller Zeiten? Das wäre nicht nur ein riesiger Schritt in Richtung weniger Generationengerechtigkeit, sondern auch ein neuer Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland.

Es gibt nur zwei Jugendorganisationen in Deutschland, die grundsätzlich für Generationengerechtigkeit in der Rentenpolitik eintreten: Die Jungen Liberalen und die Junge Union. Der entscheidende Unterschied: Wir meinen es ernst. Als die Union Teil der Bundesregierung war und sowohl die Rente mit 63 als auch die Mütterrente nicht nur mittrug sondern zentral mitgestaltete, war es still um die Junge Union. Der

damalige Bundesvorsitzende der Jungen Union veröffentlichte eine halbherzig geschriebene Pressemitteilung, in der er auf die negativen Folgen dieser Reformen für die junge Generation hinwies – und stimmte genau diesen Reformen dann im Bundestag selbst zu. Auch alle anderen Mitglieder der Jungen Union, die Teil des Bundestags waren, stimmten für die Rentenreformen, die inzwischen selbst von Andrea Nahles als Fehler bezeichnet wird.

Als das Rentenpaket II im März vorgestellt wurde, war in unserem Bundesvorstand sofort Einigkeit darüber: Das muss bei den Jungen Liberalen und in der FDP anders aussehen! Deshalb haben wir alles in unserer Macht stehende getan, um deutlich zu machen: Dieses Rentenpaket darf in dieser Form nicht kommen. Es reicht uns aber nicht, Presse-Aufschläge gegen das Rentenpaket auf den Weg zu bringen – wir wollen unseren politischen Einfluss geltend machen. Deshalb haben wir auf dem Bundesparteitag einen Änderungsantrag zum Leitantrag eingebracht, der deutlich aufgezeigt hat: Eine “Wirtschaftswende” bei gleichzeitiger Verabschiedung des Rentenpakets in unveränderter Form ist keine Wirtschaftswende, sondern im Gegenteil ein Weg in eine Welt des “noch weniger netto vom brutto” für die junge Generation.

Dass wir uns auf dem Parteitag mit dem Änderungsantrag durchgesetzt haben, bedeutet, dass unsere Ablehnung des Rentenpakets nun klare Beschlusslage der Freien Demokraten geworden ist. Dennoch wurde das Rentenpaket unverändert im Kabinett beschlossen. Deshalb gilt es jetzt, unseren Einfluss im Parlament geltend zu machen, in welchem das Rentenpaket nun debattiert wird. Hier ist unser erster Anknüpfungspunkt die sogenannte “Junge Gruppe” – also die jungen Abgeordneten der Bundestagsfraktion, mit der wir uns regelmäßig austauschen. Aber auch Abgeordnete außerhalb der jungen Gruppe sollten ein Interesse haben, generationengerechte Politik nicht nur als Wahlkampf-Slogan zu verwenden, sondern diesen auch im Parlament mit Leben zu füllen. Deshalb führen wir aktuell Gespräche mit vielen Abgeordneten – aber es reicht nicht, wenn das nur die elf Mitglieder des Bundesvorstands tun. Wir brauchen jetzt den ganzen Verband! Deshalb ist mein Aufruf an euch: Sprecht jeden Abgeordneten, den ihr trifft, auf das Rentenpaket an. Fordert ein, dass die Abgeordneten

sich an die Beschlusslage der Partei halten und dem Paket ohne massive Nachbesserungen nicht zustimmen! Sprecht das Thema auf allen Ebenen der Partei an, egal ob im Orts-, Kreis-, Bezirks- oder Landesverband. Lasst uns gemeinsam den Druck erhöhen und deutlich machen: Als junge Menschen sind wir auf eine Partei angewiesen, die unsere Zukunft mitdenkt. Wenn die FDP das nicht tut, macht es keine Partei!

Ende September wurde das Rentenpaket II erstmals im Plenum des Parlaments diskutiert. Johannes Vogel schritt als ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen zum Rednerpult. Seine Rede ließ keinen Zweifel daran, dass er nur nach umfassenden Nachbesserungen dazu bereit wäre, dem Rentenpaket zuzustimmen. Wer sich die Rede im Nachhinein anschaut, der sieht entgeisterte Gesichter bei SPD und Grünen, aber auch ungläubige Gesichter in Reihen der CDU/CSU. Offensichtlich konnten Letztere sich bisher nicht vorstellen, dass es Politiker gibt, die nicht nur in der Opposition den Rücken gerade machen, wenn es um sinnvolle Reformen in der Rentenpolitik geht, sondern auch in Zeiten einer Regierungsbeteiligung für diese eintreten. Davon möchte ich in den nächsten Wochen ganz viel sehen – lasst uns dafür gemeinsam alles geben.

Eure
Franziska



Franziska Brandmann (30)
ist seit 2021 die Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen.



82. LANDES KONGRESS IN BAD NAUHEIM

Unter dem Motto „Segel auf Freiheit“ kamen am 15. und 16. Juni die Jungen Liberalen Hessen in Bad Nauheim zu ihrem Sommer Landeskongress zusammen. Ganz im Zeichen der Besorgnis über wirtschaftlichen Abstieg, Freiheitseinschränkungen und Antisemitismus wurden Anträge eingebracht und diskutiert.

Insgesamt konnten wir 46 Anträge beraten. Im Fokus standen nach dem grausamen Mord an dem Polizist Rouven Laur in Mannheim das Thema Islamismus und Abschiebung von Gefährdern, Überwachung fundamentalistische oder ausländisch kontrollierter Religionsgemeinschaften und Prävention durch Aufklärung und Überprüfung der Öffentlich-Rechtlichen. Von Sparmöglichkeiten bei der Entwicklungshilfe über die Kernfusionsforschung wurden viele wichtige Themen beraten, die uns im Alltag immer wieder begegnen.

Am Sonntagmittag haben wir uns dann unserer Benennung der Spitzenkandidatur für die kommende Bundestagswahl 2025 gewidmet. Mit einem großartigen Ergebnis von 96% wurde unsere Landespressesprecherin Viola Gebek gewählt. In Ihrer Rede betonte Viola, wie wichtig es ihr sei, dass junge Menschen nicht mehr hinten runterfallen, sondern wieder gehört werden. Es sollte wieder im Vordergrund stehen, junge Menschen zu fördern und diese nicht weiter mit Schulden zu belasten.

Wir gehen aus dem Wochenende mit einer starken Kandidatin für die Bundestagswahl 2025 und 16 beschlossenen Anträgen, die erste Schritte in Richtung großer liberaler Projekte sind.





RÜCKBLICK PROGRAMMATISCHER TAG

Inhalte sind die Grundlage aller politischer Arbeit.

Denn wer keine Forderungen und keine Vision für die Zukunft unseres Hessens hat, braucht auch keine Posts, Pressemitteilungen und Wahlkampfstände.

Das haben wir in der hessischen liberalen Familie manchmal etwas vergessen. Die Freien Demokraten haben häufig nur zu gerne die programmatische Arbeit als erstes geopfert. Das Problem, wenn man bei programmatischer Arbeit die Parteilbasis nicht mitnimmt, ist, dass die wenigsten wissen, für was sie sich Samstag und Sonntag früh an den Wahlkampfstand stellen sollen, wofür sie an Haustüren klingeln und Briefkästen stecken sollen.

Als es dann Anfang des Jahres hieß, dass die FDP 2024 nur einen Tag für die Aufstellung der Landesliste geplant hatte und für die inhaltliche Arbeit keine Zeit vorgesehen war, sind wir aktiv geworden.

Durch lange Diskussionen und dadurch, dass wir alle unsere Kreisvorsitzenden oder Landesvorstandsmitglieder immer wieder daran erinnert haben, dass wir inhaltlich arbeiten wollen, haben wir es geschafft, den Freien Demokraten den Programmatischen Tag und einen zweiten Tag beim Landesparteitag im November für Anträge abzurufen. Noch mehr programmatische Arbeit finde ich und finden wir natürlich immer besser, aber so haben wir schon Fortschritte gemacht.

Am Samstag, dem 13.07.2024, sind dann also gut 100 Mitglieder aus ganz Hessen nach Glashütten gekommen, um sich mit Inhalten zu beschäftigen.

Als erstes ging es dann aber um Wählerverhalten und -gruppen. Dafür war der Bundesgeschäftsführer der FDP Carsten Reymann bei uns.



Im nächsten Schritt ging es dann endlich an die echten Inhalte: 40 % der Mitglieder haben sich für unseren jung-liberalen Workshop zum Thema Bildung entschieden. Damit haben wir unter den drei Workshops mit Abstand die meisten Leute abgeholt. Eine gute Nachricht, gerade angesichts der Tatsache, dass wir als einzige Gruppe auch tatsächlich inhaltliche Anträge vorgelegt haben. Man merkt also, dass die Mitgliederbasis Hunger auf echte Inhalte hat.

Für die Debatte der Anträge haben wir deutlich länger gebraucht, als wir im Vorhinein gedacht hätten. So haben wir nicht mal den ersten Antrag zum Thema Berufsschulen vollständig beraten und beschließen können.

Aber was ist das für ein wunderschönes Signal! Nach einer langen Phase der (parteinternen) Wahlkämpfe haben wir wieder Lust, miteinander zu diskutieren, uns untereinander Kompromisse abzurufen oder uns auch mal nicht einig zu werden.

Und wir JuLis müssen dabei die führende Rolle übernehmen. Genauso wie wir den programmatischen Tag in Glashütten und einen zusätzlichen Tag für Inhalte beim Landesparteitag erkämpft haben, müssen wir auch weiter dafür kämpfen, dass wir uns wieder regelmäßig mit Inhalten auseinandersetzen.

Genug Inhalte, um die FDP ein paar Jahre vor uns her zu treiben, haben wir jetzt schon in unserer Beschlusslage. Aber damit das auch langfristig gut gehen kann, sollten wir dranbleiben, auch unsere eigene inhaltliche Arbeit weiter zu verbessern.

Unsere eigene Programmatik muss vor Ort in den Kreisen wieder aktiver werden. Denn nur wenn wir wieder mehr Menschen motivieren und mit ihren Ideen einbinden, können wir langfristig die besten Ideen für Hessen sammeln und dann für ihre Umsetzung auf Social Media, an Haustüren und an Wahlkampfständen kämpfen.

Ich hoffe, dabei unterstützt ihr mich und unseren Landesvorstand, in dem ihr Euch und Eure Meinung aktiv einbringt.



BEZIRKSTOUR: DIE HIGHLIGHTS UNSERER SOMMERTOUR

SOMMERFEST IN SÜDHESSEN

Trotz des regnerischen Wetters war das Sommerfest der Julis Südhessen in Bensheim am Wambolder Sand ein voller Erfolg. Obwohl der Regen uns begleitet hat, ließen wir uns die Stimmung nicht verderben. Viele Julis und Gäste aus der FDP kamen zusammen, um gemeinsam einen schönen Tag zu verbringen. Es wurde gegrillt und der Tag klang am Lagerfeuer aus, wo wir noch einige gesellige Stunden verbrachten.



WEINWANDERUNG WESTHESSEN

Am 11. August haben wir uns im Bezirk Westhessen zu einer Weinwanderung am Rhein getroffen. Wir starteten am Bahnhof in Rüdesheim. Bei gutem Wein und einer ausgelassenen Stimmung ging es für uns zwei Stunden lang durch die Weinberge. Währenddessen erzählte uns Winzer Tim etwas über die Landschaft und die Herkunft des Weines. Nach der Rückfahrt mit dem Zug nach Rüdesheim ging es zum Abschluss noch in eine Pizzeria, um den Tag ausklingen zu lassen.





FLUNKYBALL SPIELEN IN MITTELHESSEN

Am 07.09. haben die JuLis Mittelhessen zu ihrem Sommerfest in die Grillhütte auf dem Schiffenberg in Gießen eingeladen.

Bei bestem Wetter, kühlen Getränken und Köstlichkeiten vom Grill fand ein spannender Austausch in angenehmer Atmosphäre statt.

Highlight war das Flunkyball-Spiel, welches im späteren Verlauf des Abends ausgetragen wurde. Hier war nicht nur Geschick im Werfen und Trinken, sondern auch Teamgeist gefragt.

Insgesamt ein gelungener Abend mit guten Gesprächen bei lockerer Stimmung.

SOMMER – LPW

Im August fand unser Sommer-LPW am Edersee statt! Wir hatten die Gelegenheit, uns mit Johannes Baron über die Kommunalpolitik und die Entscheidungsbefugnisse kommunaler Politiker auszutauschen. Mit Schulleiterin Cornelia Schürer diskutierten wir über die Schulpolitik, und Benjamin Läßle gab uns einen spannenden Einblick zum Thema Populismus im Netz, insbesondere wie die AfD soziale Medien für sich nutzt. Am Nachmittag unternahmen wir eine Bootstour auf dem Edersee und ließen den Tag mit einem gemeinsamen Grillen ausklingen.



BESUCH DES FRANKFURTER FLUGHAFENS IN RHEIN-MAIN

Stay tuned für den Flughafenbesuch in Rhein-Main. Seid ihr schon angemeldet? Alle weiteren Infos findet ihr auf unserer Website!

Perception is Reality – Wir tauchen ein in den Luftverkehr im Spannungsfeld von Meinungen und Fakten. Vortrag am Flughafen mit einer anschließenden Flughafenrundfahrt.

Wann? 7. November 2024

Wo? Fraport am Gate für Flughafen-Rundfahrten neben Gate C1 / Flughafen Frankfurt, Terminal 1, 60547 Frankfurt am Main

NEU MITGLIEDER ECKE

Herzlich willkommen bei den Jungen Liberalen Hessen! Wir freuen uns sehr, dich als neues Mitglied in unserer liberalen Gemeinschaft begrüßen zu dürfen. Auf dieser Seite findest du nützliche Tipps und hilfreiche Informationen, die dir den Einstieg erleichtern. Egal, ob es um unsere Veranstaltungen, Netzwerken oder Möglichkeiten zum Mitgestalten geht – wir stehen dir in der Neumitgliederecke mit Rat und Tat zur Seite!

Du willst dich einbringen? Weißt aber noch nicht wie? Du stehst noch nicht mit deinem KV in Kontakt? Auf der rechten Seite kannst du herausfinden, wie du dich aktiv bei den JuLis Hessen einbringen kannst.

NEUMITGLIEDERSEMINARE:

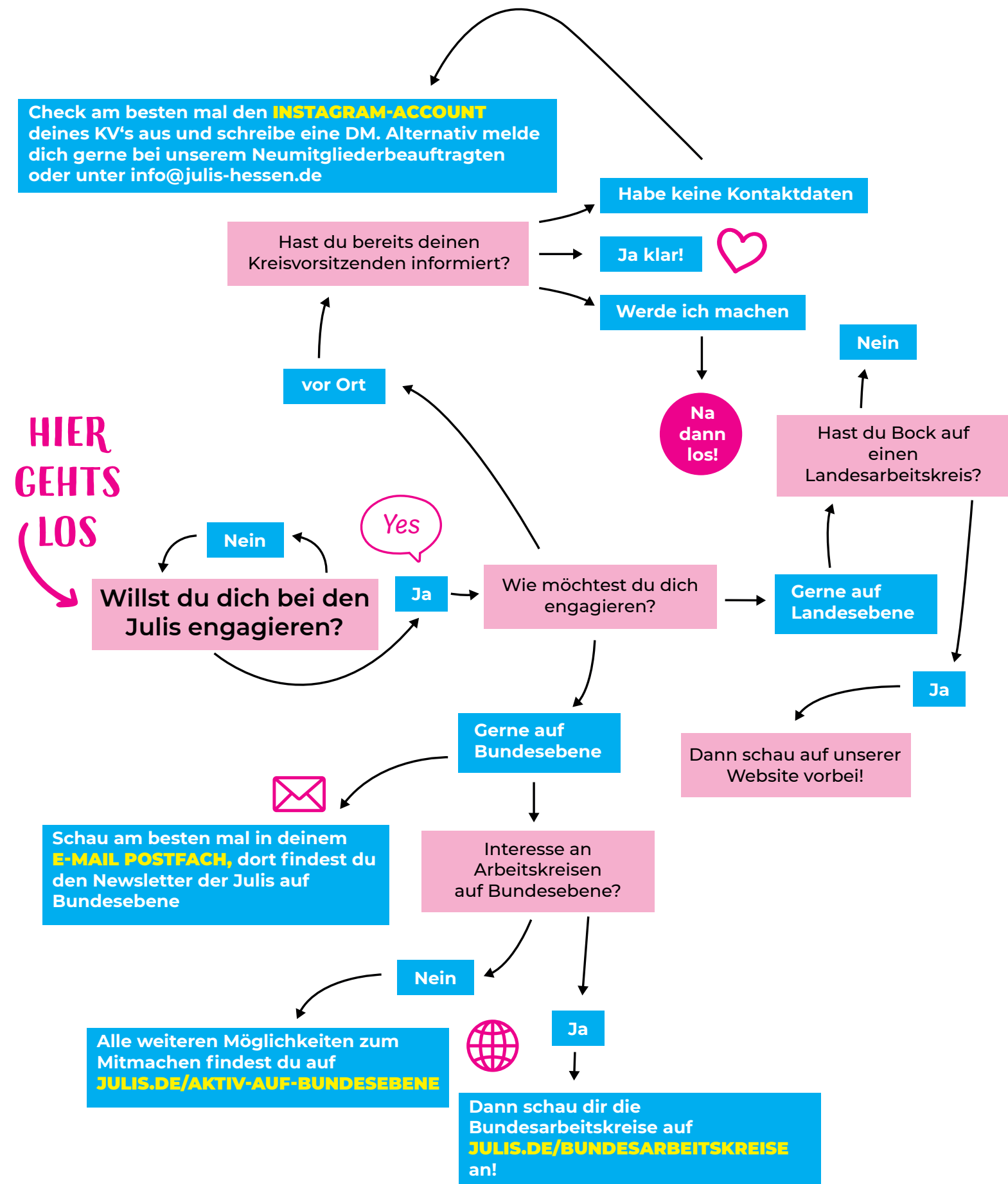
Du willst den besten Einstieg bei den JuLis Hessen? Dann ist unser Neumitgliederseminar am Landeskongress genau das Richtige für dich! Unser Neumitgliederbeauftragter aus dem Landesvorstand nimmt sich in kleinen Gruppen die Zeit, dir alles Wichtige näherzubringen: von unserem Aufbau und den Abläufen über Strukturen und Zahlen bis hin zu den vielen Möglichkeiten, wie du aktiv mitmachen, dich einbringen und netzwerken kannst. Der nächste Termin ist am 9. November auf dem Landeskongress in Kelkheim – wir freuen uns auf dich!

DU HAST LUST AKTIV ZU WERDEN?

Schau auf unserer Website vorbei! Dort findest du alle anstehenden Termine und Veranstaltungen. Wir freuen uns, dich bald zu treffen!



Lust auf die Vernetzung mit weiteren Frauen bei den JuLis? Dann komm in die Gruppe! Wir haben eine neue WhatsApp Gruppe gegründet: die Jungen Liberalen Frauen! Hier können wir uns austauschen, vernetzen und einfach connecten! Wenn ihr auch Lust habt dabei zu sein, tretet gerne bei und teilt es mit anderen Frauen bei den JuLis Hessen. Wir freuen uns auf euch!



**WIR BEDANKEN UNS HERZLICH BEI FOLGENDEN FÖRDERMITGLIEDERN FÜR DIE
UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT:**

Oliver Stirböck, Hans-Joachim Otto, Dr. Frank Blechschmidt, Leif Blum, Dieter Kellermann, Heinrich Heidel, Frank Sürmann, Jürgen Lenders, Wolfgang Greilich, Peter Engemann, Andrea Kaup, Axel Vogt, Florian Rentsch, Bettina Stark-Watzinger, Anette Greilich, Brigitte Schlüter, Stefan Ruppert, Stephan Dehler, Hans-Jürgen Hielscher, Anne Linke-Diefenbach, Stefan Müller, Roland Hoffmann, Jochen Kilp, Manfred Lister, Nicola Beer, Wilderich Heising, Dr. Lasse Becker, Matthias Nölke, Alexander Müller, Till Mansmann, Wiebke Knell, Bernhard Kammer, Milena Scinardo, Jens Jacobi, Dieter Schütz, Moritz Promny, Christian Diers, Kirill Steinert, Robert Dübbers, Haceri Bozdemir, Jochen Rube, Peter Heidt, Katja Adler, Mario Döweling, Matthias Büger, Dennis Pucher

IMPRESSUM:

**JUNGE LIBERALE HESSEN
MORITZSTRASSE 56
65185 WIESBADEN**

INFO@JULIS-HESSEN.DE

Landesvorsitzender: Tim Hordorff
Redaktion: Adriano Jugl, Jasmin Ebrahimian,
Anna Hollidt, Jannik Wagner
V.i.S.d.P.: Viola Gebek

Alle Rechte vorbehalten. Namentlich
gekennzeichnete Artikel sind Beiträge des jeweils
genannten Autors und spiegeln nicht in jedem Fall
die Meinung der Jungen Liberalen Hessen wider.

**WIE HAT DIR DIESE AUSGABE DES YOULI
GEFALLEN? SAG UNS GERNE DEINE MEINUNG!**
HIER GEHT ES ZUR KURZEN UMFRAGE:

